



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Mehr Schein als Sein

EU-Entwicklungspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Von Peter Wahl

Theoretisch hätte die Entwicklungspolitik der EU das Zeug, als Vorbild für andere Schule zu machen. EU-Entwicklungspolitik meint hier nicht die Summe der Hilfe aller Mitgliedstaaten, sondern jenen Teil, der unter der Ägide der EU-Kommission, also multilateral, durchgeführt wird. Vorbild deshalb, weil viele der Defizite, die die sogenannte bilaterale Entwicklungszusammenarbeit notorisch plagen, leicht vermieden werden könnten. Im Prinzip kann multilaterale Hilfe:

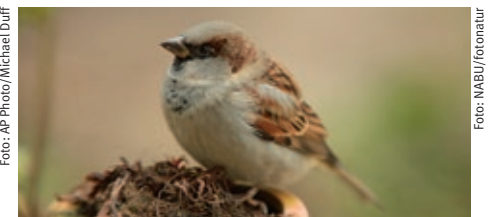
- die Fragmentierung, die enorme Effizienzverluste erzeugt und die Empfänger überfordert, durch Koordination und Kohärenz reduzieren;

- die Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik für außenpolitische und geopolitische Interessen vermeiden;
- größere Unabhängigkeit von politischen Konjunkturschwankungen und Regierungswechseln in einzelnen Ländern erlangen, bzw. sie kann diese leichter kompensieren;
- größere Wirkung durch prioritätsorientierten und konzentrierten Ressourceneinsatz erzielen.

Hinzu kommt, dass die EU-Entwicklungspolitik, anders etwa als die Handelspolitik, seit dem Lissabon-Vertrag dem Verfahren der sogenannten Mitentscheidung (Ko-Dezisionsver-

fahren) unterliegt. Das heißt, dass das Europaparlament (EP) fast gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse einbezogen ist. Zwar wird Straßburg noch immer das Recht auf Gesetzesinitiative vorenthalten, und der Rat kann die Möglichkeit zur Modifizierung von Gesetzesvorlagen aushebeln, aber am Schluss steht dann doch ein Vetorecht der Abgeordneten. Das zwingt Kommission und Rat, von vorneherein auf einen Konsens mit dem EP hinarbeiten. Der Preis dafür ist freilich, dass Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse komplexer und die Reibungsflächen größer werden.

→ weiter auf Seite 3



Schwerpunkt: EU und Entwicklung

Anspruch und Wirklichkeit

→ Seite 1

Fairer Handel, freier Handel

→ Seite 5

Handel als Entwicklungschance

→ Seite 8

Teufelskreis durchbrechen

Interview mit Forschungsstaatssekretär

Georg Schütte

→ Seite 11

Urbane Natur

Vögel im städtischen Raum

→ Seite 16

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Europäische Union begann 1952 mit den sechs Staaten der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, mit der ein gemeinsamer Markt für diese Montanprodukte errichtet wurde. Nach mehreren Beitrittsrunden hat die EU heute 28 Mitgliedstaaten mit 507 Millionen Einwohnern, darunter elf Staaten des ehemaligen Ostblocks und Jugoslawiens. Der gemeinsame Binnenmarkt ist – nach dem Bruttoinlandsprodukt gemessen – mit 15.247 Milliarden US-Dollar der größte Wirtschaftsraum der Welt.

Der Vorschlag zur Montanunion kam 1950 vom damaligen französischen Außenminister Schumann und war vor allem als Friedensprojekt gedacht. Mit dem Mittel der Wirtschaftsgemeinschaft sollte verhindert werden, dass sich die Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich sowie den anderen westeuropäischen Nachbarstaaten erneut entwickeln konnten, die sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in drei Kriegen – dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, dem ersten und zweiten Weltkrieg – entladen hatten. Die Europäische Gemeinschaft hat ihren Mitgliedsländern eine siebzigjährige Friedensperiode beschert und ist damit eines der erfolgreichsten Friedensprojekte der Geschichte.

Die EU ist als Staatenverbund ein eigenes Völkerrechtssubjekt. Sie hat supranationale und zwischenstaatliche Organe. Zu ersteren gehören das Europäische Parlament als legis-

lative Repräsentanz der EU-Bürger, die Europäische Kommission als exekutives Organ und der Gerichtshof der Europäischen Union als judikatives Organ. Zu den zwischenstaatlichen Organen gehören der Europäische Rat als Gremium der Staats- und Regierungschefs sowie der Rat der Europäischen Union als Repräsentanz der jeweiligen Fachminister. Die politisch und rechtlich verbindlichen europäischen Regelungsprozesse sind ein kompliziertes Verfahren im Kompetenzdreieck zwischen Rat, Kommission und Parlament.

Dennoch sind heute weite Bereiche unseres Rechtssystems und der verbindlichen Wirtschaftsnormen durch die EU geregelt. In mehreren Schritten sind Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten auf die EU übertragen worden. Mit den Schengen-Abkommen von 1985 und 1990 wurden zwischen fast allen Staaten die Grenzkontrollen abgeschafft. Wesentliche Umwelt- und Naturschutzstandards werden durch die EU gesetzt. Es gibt Vereinbarungen zum Klimaschutz. 19 der 28 Länder haben mit dem Euro eine gemeinsame Währung und mit der Europäischen Zentralbank eine gemeinsame Notenbank. Es existiert in Ansätzen eine gemeinsame Außen- und Entwicklungspolitik.

Trotzdem ist die Bedeutung der EU bisher nicht im Bewusstsein der meisten EU-Bürger angekommen. Das zeigt die notorisch niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europä-

ischen Parlament. Gelegentliche Regelungsverirrungen werden regelmäßig populistisch zum Anlass genommen, gegen eine allgemeine „Regelungswut“ der EU zu polemisieren. Derartige Polemiken tragen dazu bei, ein diffuses Unbehagen vieler Menschen gegenüber der EU zu verstärken. Europa-Gegnerschaft existiert rechts- wie linksaußen. Parteien wie der Front National in Frankreich oder die ungarische Jobbik-Partei treffen sich in ihrer nationalistischen Ablehnung der EU mit solchen linken Formationen, die das Ganze für ein imperialistisches Unternehmen halten – vorzugsweise des wiedererstarkten deutschen Imperialismus. In vielen EU-Ländern gibt es aber auch politische Parteien oder Bewegungen im bürgerlichen Spektrum, deren Programmatik erklärmaßen gegen die Gemeinschaft gerichtet ist. Die Dresdner Pegida-Demonstranten sind dafür ein Beispiel. Einzelne EU-Länder wollen den Grad der Integration wieder verringern und besonders die supranationalen Kompetenzen wieder zurück auf die Regierungen der Mitgliedstaaten übertragen.

Auch die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschätzen meinem Eindruck nach die Bedeutung der EU und auch die Möglichkeiten, durch die EU Einfluss auf die Weltverhältnisse zu nehmen. Das Projekt der europäischen Einigung verdient unsere Unterstützung. Es braucht aber auch unsere Einmischung, um unsere Vorschläge und Forderungen auch auf dieser Handlungsebene zur Geltung zu bringen.

Derzeit befinden wir uns im Europäischen Jahr der Entwicklung. Das Eine Welt Netz NRW hat die europäische Entwicklungspolitik dankenswerterweise zum Gegenstand seiner diesjährigen Landeskonferenz gemacht. Das ist ein guter Anfang. Auch wir möchten mit dem Schwerpunkt dieser Ausgabe der Resultate einen Beitrag dazu leisten, Europa etwas stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit unserer Leser zu rücken.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Eberhard Neugebohm

1986 beschloss die EG das Sternenbanner als europäische Flagge. Die Zahl der Sterne, zwölf, ist traditionell ein Symbol der Vollkommenheit, Vollständigkeit und Einheit. Bis zu ihrer Erweiterung 1995 entsprach die Zahl der Sterne auch der Zahl der Mitgliedstaaten.



Foto: Anrey Kuzmin

Mehr Schein als Sein

→ Fortsetzung von [Seite 1](#)

Die Stärkung der Stellung des EP ermöglicht zudem eine größere Durchlässigkeit für Impulse aus der Zivilgesellschaft. Das spiegelt sich dann auch durchaus in der inhaltlichen Qualität des programmatischen Profils der EU-Entwicklungspolitik wider. So kommen einige Zielsetzungen zivilgesellschaftlichen Vorstellungen recht nahe. Hauptorientierung ist die Armutsreduzierung. Neben klassischen Bereichen – wie die Förderung von Infrastruktur, Landwirtschaft und Nahrungssicherheit – gehören auch die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Konfliktprävention, sozialer Zusammenhalt oder Beschäftigung zu den Schwerpunkten. Außerdem sind als Querschnittsaufgaben Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie, Rechte von Kindern und indigenen Völkern festgeschrieben. Dagegen spielen entwicklungspolitisch umstrittene Ziele wie Privatsektorförderung und Infrastrukturgroßprojekte, die von anderen multilateralen Gebern, wie der Weltbank, immer stärker in den Vordergrund gerückt werden, kaum eine Rolle.

Multilateralismus für Empfängerländer

Zudem gibt es noch eine Besonderheit mit einigem entwicklungsfreundlichem Potenzial, die in dieser Form einmalig ist: die Beziehungen zwischen der EU und den meisten Empfängerländern sind in einen multilateralen Vertrag eingebettet, das Cotonou-Abkommen aus dem Jahr 2000. Beteiligt sind 79 Entwicklungsländer.

Das Interessante darin ist, dass die Asymmetrie, die dem Geber-Nehmer-Verhältnis trotz bemühter Partnerschaftsrhetorik immer unvermeidlich immanent ist, zwar nicht völlig verschwindet, aber doch relativiert wird. Denn die Nehmer können hier kollektiv auftreten und damit ihre Position gegenüber einem übermächtigen Geber stärken.

Hinzu kommt, dass Cotonou der Versuch ist, Entwicklung und Handel so zu verknüpfen, dass erstere nicht völlig auf der Strecke bleibt. Inwieweit dies wirklich gelungen ist, kann bezweifelt werden. Aber der Ansatz, Entwicklung nicht als einseitigen Ressourcenfluss zu definieren, sondern im Sinne von internationaler Strukturpolitik Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Potenziale der Entwicklungsländer zu mobilisieren vermögen, ist sehr vernünftig. Allerdings ist die Entwicklungszusammenarbeit der EU inzwischen nicht mehr auf

EU-Entwicklungshilfe im Vergleich zu ausgewählten Gebern 2013 in Mrd. USD und Prozent

	Mrd. USD	in %
EU multilateral	15.723	10,5
Non DAC* Länder	15.067	10,0
Multilaterale Institutionen	41.724	27,7
Frankreich	6.801	4,5
Deutschland	9.451	6,3
Japan	8.611	5,7
UK	10.545	7,0
USA	26.386	17,5
Übrige	16.062	10,7
Gesamt	150.370	100,0

* DAC = Development Assistance Committee, zentrales Organ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in dem die Geberländer über Entwicklungshilfe beraten

die Ex-Kolonien beschränkt, sondern umfasst heute 140 Länder. (Mehr zum Cotonou-Abkommen und der aktuellen Situation auf den Seiten 5 bis 9)

Realitätscheck – Zahlen und harte Wahrheiten

Die Ansprüche der EU-Entwicklungspolitik auf Modellhaftigkeit verlieren allerdings rasch ihren Glanz, wenn man den Blick von den Absichtserklärungen auf die Wirklichkeit richtet. Der beste Indikator dafür ist immer noch das Geld. Das Budget der EU-Entwicklungshilfe beläuft sich auf 15,7 Milliarden US-Dollar, was für sich genommen viel zu sein scheint. Aber schon die bilaterale Hilfe von Großbritannien und Deutschland bringt es zusammen auf 20 Milliarden. Die USA zahlen 26 Milliarden US-Dollar. Setzt man die EU-Hilfe ins Verhältnis mit der weltweiten Entwicklungshilfe, kommt man auf einen Anteil von 10,5 Prozent. Das ist dann nur noch ein Posten unter anderen und zu wenig, um der Fragmentierung der Hilfe substanziell etwas entgegenzusetzen. Auch hat sich an diesem Anteil wenig geändert. Er liegt seit Beginn des Jahrhunderts ziemlich konstant in der Größenordnung von 10 Prozent. Außerdem ist die Zahl der Empfängerländer mit 140 inzwischen so hoch, dass auch von daher von einer Überwindung der Fragmentierung nicht die Rede sein kann.

Ein genauerer Blick auf die Zahlen verrät noch mehr. So zeigt die Verteilung der Empfänger

nach Einkommensklassen, dass das Ziel der Armutsbekämpfung keineswegs die Priorität hat, wie programmatisch behauptet. So entfallen auf die Länder mit niedrigem Einkommen (LICs) 24 Prozent der Hilfe, auf die Gruppe der oberen Mitteleinkommensländer (UMICS) 34 Prozent.

Woran das liegt, zeigt die regionale Verteilung. Demnach liegt Subsahara-Afrika mit 4,5 Milliarden US-Dollar nur an zweiter Stelle. Davor befindet sich überraschenderweise Europa mit 4,85 Milliarden. Noch deutlicher wird der Vorsprung für Europa bei der Pro-Kopf-Verteilung. Während diese für Subsahara 0,48 Dollar beträgt, sind es für Europa 29 Dollar. Das ist das Sechzigfache!

Hier wird deutlich, dass auch hier geopolitische Interessen verfolgt werden. Es geht zum einen um den Balkan, der durch den Zerfall Jugoslawiens und den Kosovo-Krieg 1999 destabilisiert wurde. Zum anderen um das Osteuropa zwischen Russland und der EU. Mit anderen Worten, der größte Posten der Entwicklungshilfe ist Funktion der EU-Osterweiterungsstrategie.

Die geopolitische Dimension wird noch deutlicher, wenn man die Verteilung auf die einzelnen Länder der Region betrachtet. Hier liegt das Kosovo mit 132 US-Dollar pro Kopf klar an der Spitze. Hintergrund ist: Mit der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo 2008 wurde zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg eine Sezession gegen den Willen des betref-

→ weiter auf [Seite 4](#)

EU-Hilfe

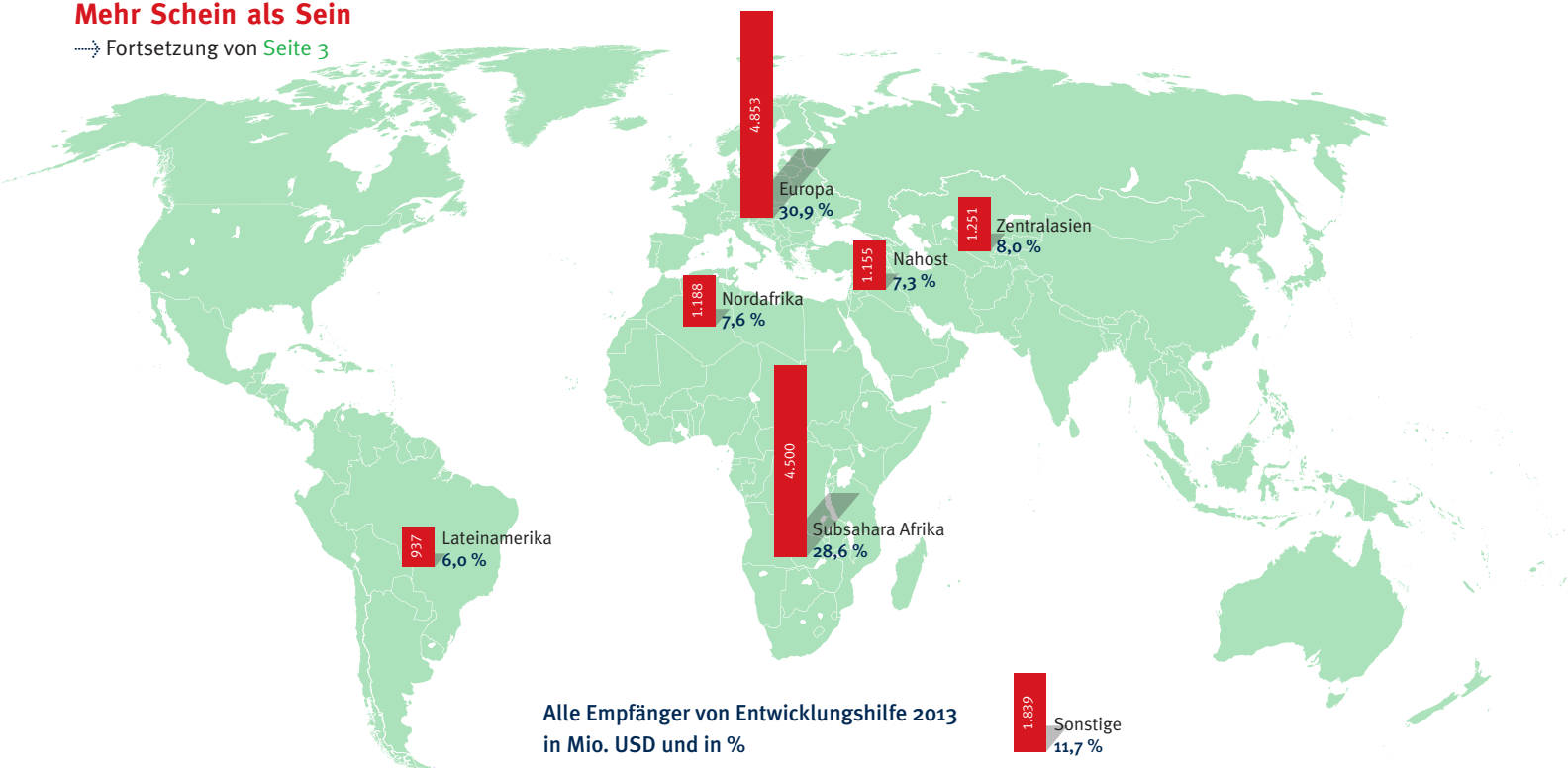
an europäische Länder
in Mio. USD und in pro Kopf (in USD)

	Mio. USD	pro Kopf USD
Albanien	97,11	33,5
Belarus	18,73	2,0
Bosnien Herzeg.	310,02	80,5
Mazedonien	69,61	33,1
Kosovo	231,38	132,2
Moldawien	116,77	32,7
Montenegro	67,61	109,0
Serbien	593,84	80,8
Türkei	2.493,94	35,0
Ukraine	368,69	8,0

Quelle: OECD Development Co-operation Directorate (DCD-DAC) Database

Mehr Schein als Sein

→ Fortsetzung von Seite 3



fenden Landes, nämlich Serbien, durchgesetzt. Flankiert von der NATO und mit Unterstützung der EU wurde eine europäische Grenze verändert. Da das Kosovo aber aus eigener Kraft ökonomisch nicht überlebensfähig ist, hängt es jetzt am Tropf der EU, die dafür ihre Entwicklungshilfe nutzt. Brüssel ist dabei mit Abstand der größte Geber: 231 Millionen US-Dollar, weit vor der Nummer zwei, der Schweiz (68 Mio.), Deutschland (32 Mio.) und den USA (21 Mio.). Allein die EU-Hilfe macht 15 Prozent des kosovarischen Staatshaushaltes aus.

Kohärenz mit anderen Politikfeldern?

Den Verträgen zufolge sind entwicklungspolitische Aspekte als Querschnittsaufgabe auch bei anderen Politiken zu berücksichtigen, die die Entwicklungsländer betreffen können. Das soll für Kohärenz sorgen. Wie sieht die Praxis aus?

Nehmen wir als Beispiel das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP). Hier wird auch von den Befürwortern argumentiert, dass nicht Zollsenkungen und Wachstumsgewinne im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die geopolitische Zielsetzung, bei der Standardsetzung die Nase vorn zu haben: „Wir reden zu viel über Chlorhühner und zu wenig über die geopolitische Bedeutung“, so Sigmar Gabriel (FAZ, 23.2.2015). Abgesehen davon, dass es angesichts von Globalisierung und geopolitischen Umbrüchen in der Welt zweifelhaft ist, ob ein so einseitiges

und unkooperatives Vorgehen funktioniert, bedeutet es auch, dass die Entwicklungsländer bei der Ausgestaltung der Welthandelsordnung keine Mitsprache mehr haben. Der handelspolitische Multilateralismus gerät zwischen die Mühlsteine globaler Machtpolitik.

Nicht besser sieht es mit Kohärenz aus, wenn wir uns die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer ansehen. Eine wichtige Motivation von Entwicklungspolitik ist schon lange, zur Beseitigung von Fluchtursachen beizutragen. Nun wäre es größtenwahnsinnig, allein von der Entwicklungszusammenarbeit die Lösung der Probleme Afrikas mit seiner Milliarde Menschen zu erwarten. Hier gibt es nur langfristige Lösungen.

Aber das sind nicht die einzigen Fluchtursachen. Weite Teile des Nahen Ostens und Nordafrikas sind destabilisiert. Libyen, der Irak, Syrien, der Jemen sind gescheiterte Staaten. Bürgerkrieg und islamisches Kalifat breiten sich aus. In Gang gesetzt hat den Schlamassel der Krieg von George Bushs „Koalition der Willigen“ gegen den Irak 2003, an dem zahlreiche EU-Mitgliedstaaten teilnahmen. Auch der Regimewechsel in Libyen ging von europäischem Boden aus. Jahrzehntelange Entwicklungsanstrengungen werden so in kürzester Zeit zunichte gemacht.

Denn Krieg ist keine Lösung, sondern macht, wie gerade die jüngsten Erfahrungen zeigen, alles schlimmer. Entwicklung aber braucht als allererstes Frieden. Daher ist es im

ureigensten Interesse der entwicklungspolitischen Community, sich gegen die militärischen Pseudolösungen zu wenden, auch wenn diese heute nicht mehr mit der „Mission des weißen Mannes“, sondern der Schutzverantwortung (responsability to protect) legitimiert werden.

Umso erschreckender jetzt der Versuch, mit militärischen Mitteln gegen das Schlepperunwesen, das durch die Abschottungspolitik der EU erst entstanden ist, vorzugehen. Notwendig wären legale Fluchtwege und der Aufbau einer zivilen Seenotrettung. Von entwicklungspolitischer Kohärenz keine Spur, dafür aber eine politische und moralische Bankrotterklärung.

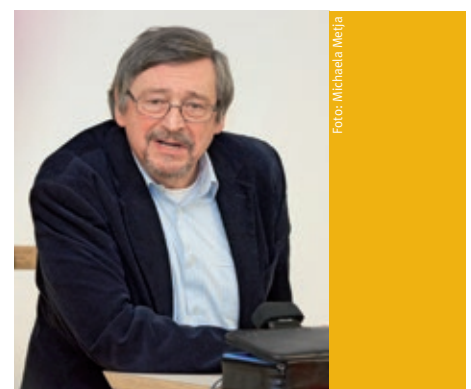


Foto: Michaela Melja

Peter Wahl ist Vorstandsvorsitzender der 1990 gegründeten Nichtregierungsorganisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. Die Arbeitsschwerpunkte von WEED sind: Finanzsysteme und Finanzmarktregulierung; Internationale Handels- und Investitionspolitik; Nachhaltige Produktion und öffentliche Beschaffung.



Foto: Darrin Henry

Kaffeelandwirt, der reife Kirschbohnen für das Ernten auf der Insel von St. Helena auswählt.

Die Entwicklungspolitik der EU stand im Zentrum der Landeskonferenz des Eine Welt Netz NRW im März 2015. Einer der Redner war Dr. Boniface Mabanza (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika), der über die geplanten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Afrika sprach. Wir haben ihn gebeten, seine kritische Sicht auf die Abkommen in einem Beitrag zusammenzufassen. Zu einer positiveren Einschätzung kommt der CDU-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Armin Laschet in seinem Artikel „Handel als Entwicklungschance“ (S. 8/9). Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Ländern (ein Zusammenschluss von 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) existieren seit den (nach der Hauptstadt von Togo benannten) Lomé-Abkommen von 1975. Unter anderem sicherten sie den AKP-Staaten Handelsvorteile zu, z. B. Zoll- und Abgabefreiheit bei Importen in die EU. Diese einseitigen Vorteile wurden von der Welthandelsorganisation kritisiert. Im Abkommen von Cotonou (Benin) im Jahr 2000 wurde vereinbart, die Lomé-Abkommen bis 2008 durch regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreement, EPA) zu ersetzen. Die Verhandlungen begannen 2003 zwischen der EU und sechs AKP-Regionalgruppen: Südöstliches Afrika (ESA), Südliches Afrika (SADC), Westafrika (ECOWAS), Zentralafrika (CEMAC), Karibische Region (CARIFORUM) und Pazifische Region. Bisher wurde jedoch nur ein Abkommen mit CARIFORUM abgeschlossen.

Freier Handel – fairer Handel?

EU-Offensive im globalen Süden

Von Boniface Mabanza

2014 haben drei afrikanische EPA-Regionen Wirtschaftsabkommen mit der EU paraphiert. Außerdem sollen elf der 16 ECOWAS-Staaten diese ebenfalls unterzeichnet haben, auch wenn keine ihrer Regierungen dies bis dato zugegeben hat.

All diese Abkommen sind alles andere als fair. Sie sind nur zustande gekommen, weil die EU eine Frist zum 1. 10. 2014 gesetzt hatte, der zufolge alle Länder, die bis dahin keine Schritte zur Unterzeichnung der Abkommen eingeleitet hatten, den bevorzugten Marktzugang zur EU verlieren. Damit sind die bis jetzt paraphierten oder ratifizierten Abkommen mit den afrikanischen Ländern erzwungene Abkommen. Sie stehen im Widerspruch zu den Interessen der afrikanischen EPA-Regionen, und gegen sie regt sich auf dem afrikanischen Kontinent nach wie vor Widerstand.

Rückblick auf die Verhandlungen

Notwendig wurden diese Verhandlungen, weil die von der EU in den Lomé-Abkommen gewährten Präferenzen angeblich nicht mehr kompatibel waren mit den Regeln der Welthandelsorganisation, u. a. zum Diskriminierungsverbot. Die Abkommen sollten ursprünglich bereits 2008 in Kraft treten. Dazu kam es nicht, weil die EU in ihren Forderungen über das hin-

ausging, was die Welthandelsorganisation verlangt. Die Blockaden sind darüber hinaus auch auf das arrogante, an Kolonialzeiten erinnernde Auftreten der EU-Unterhändler zurückzuführen. Die EU-Kommission wollte im Hinblick auf folgende strittige Punkte keine Konzessionen machen:

- Die AKP-Staaten sollten mindestens 80 Prozent ihrer Zölle abschaffen, obwohl es dazu keine internationalen Verpflichtungen gibt (z. B. im Rahmen der WTO).
- Die Ausfuhrsteuern der AKP-Länder sollten eingeschränkt werden. Viele afrikanische Länder können damit jedoch ihre öffentlichen Einnahmen steigern und wichtige Anreize zur industriellen Entwicklung setzen.
- Die von der EU verlangte Meistbegünstigungsklausel hätte es den AKP-Staaten erschwert, ihre Handelsbeziehungen strategisch zu diversifizieren, z. B. durch Süd-Süd-Handelsabkommen.
- Die EU beharrte auf Regelungen – u. a. zu Dienstleistungen, geistigen Eigentumsrechten und Investitionen –, die die AKP-Staaten zusammen mit anderen Entwicklungsländern im Rahmen der WTO-Verhandlungen wiederholt zurückgewiesen haben.

Diese und weitere Forderungen beeinträchtigen die nationalen Regierungen in der politischen Steuerungsfähigkeit ihrer Ökonomien. Nachdem die Verhandlungen aufgrund der fehlenden Flexibilität der EU tief in der Krise steckten, erzwangen die EU-Kommission und der Rat den Verhandlungsabschluss mit Druck und neuen Fristen.

Jenseits der internen Dynamik

Die Dynamik der Verhandlungen wurde auch maßgeblich beeinflusst durch die sogenannte Marktzugangsreform (Market Access Regulation, MAR). Sie wurde 2011 von der EU-Kommission ins Gespräch gebracht. Mit ihr hätten 18 AKP-Länder den bevorzugten Zugang zum EU-Markt am 1. Oktober 2014 verloren, wenn sie vorher keine Schritte zur Ratifizierung eines Interimsabkommens eingeleitet hätten. Diese MAR-Reform hat den Druck auf die betroffenen Länder beträchtlich erhöht. Zu ihnen gehören u. a. die Elfenküste, Ghana, Kamerun, Botswana und Namibia. Vor allem in den letztgenannten Ländern hat dies dazu geführt, dass einige ihrer Wirtschaftssektoren starken Druck auf die Regierung ausgeübt haben, etwa die Fischexporteure in Namibia. Damit hatte die EU eine Situation herbeigeführt, in der die Interessen der exportorientierten Wirtschaftszweige dieser Länder mit denen der binnenorientierten Kleinproduzenten in Widerspruch gerieten. Die Fristfestsetzung wurde im alten Kolonialstil einseitig von der EU beschlossen. Der namibische Handelsminister Schlettwein bezeichnete die

Frist als unilateral, unfair und ungerecht. Sie habe mit Partnerschaft nichts zu tun.

Ein zweiter Faktor, der die EPA-Verhandlungen beeinflusst hat, waren die Machtwechsel in der Elfenbeinküste, dem Senegal und in Ghana. Die Elfenbeinküste bekam mit Alasane Ouattarra einen Staatschef, der sich in seiner langen Karriere beim Internationalen Währungsfonds (1968–1990) und als Premierminister (1990–1993) entschieden zur neoliberalen Ideologie bekannt hat. Seine erneute Machtübernahme 2011 hat er, nach einem eskalierten Konflikt mit seinem Kontrahenten Laurent Gbagbo, einer umstrittenen französischen Militärintervention zu verdanken. Ouattarra hat sich gemeinsam mit seinem Amtskollegen Macky Sall aus dem Senegal, dessen persönliche kommerzielle Aktivitäten berühmt-berüchtigt sind, besonders für die EPAs stark gemacht. Auch die Regierung von Ghana unterstützte nach dem plötzlichen Tod von Staatspräsident Prof. John Atta Mills im Sommer 2012 die Unterzeichnung der EPAs, obwohl Studien belegen, dass sie das eigene Land langfristig eher schädigen.

Zu den politischen Veränderungen, die die EPA-Verhandlungen beeinflusst haben, gehört auch, dass Länder wie Nigeria oder Mali, die die EPA-kritische Front lange Zeit anführten, immer stärker mit anderen Herausforderungen konfrontiert waren, denn die territoriale Integrität dieser von Terrorgruppen stark erschütterten Länder war verletzt.

All diese Faktoren, gekoppelt mit inzwischen von der EU gemachten eher kosmetischen

Konzessionen, haben dazu beigetragen, den Widerstand zu brechen. Das „Weichkochen“ der ECOWAS als erste und wichtige Afrika-Region hat eine Kettenreaktion ausgelöst, die auch die SADC und die EAC erfasst hat. Dies ist genau der Effekt, auf den die EU immer gesetzt hatte: Von dem Moment an, in dem eine Region einlenkt, erhöht sich der Druck auf die anderen, die Nachteile für sich abwenden und die Isolation vermeiden müssen. Somit ist – spät, aber immerhin – die EU-Strategie des „Teilens und Herrschens“ aufgegangen.

Aktuelle Situation

Nachdem elf der sechzehn Staaten der ECOWAS-Region (ECOWAS-Länder+ Mauretanien) die EPAs unterzeichnet haben, läuft jetzt der Ratifizierungsprozess für die Region. Die Abstimmung im EU-Parlament wurde ursprünglich für den 7. Juli 2015 geplant, anschließend sollte der Prozess in den EU-Mitgliedstaaten beginnen. Mittlerweile wurde diese Abstimmung verschoben, weil einige Länder in Westafrika, darunter Nigeria, immer noch nicht unterzeichnet haben.

Während der Ratifizierungsprozess also voranschreitet, herrscht bei der Bevölkerung der jeweiligen Länder Verwirrung und Unkenntnis. Keine der elf betroffenen ECOWAS-Regierungen hat bis jetzt offiziell kommuniziert, die EPAs unterzeichnet zu haben, weil sie die öffentlichen Reaktionen fürchten. Ähnlich sieht es in einigen EU-Ländern aus. So will die Bundesregierung das Westafrika-EPA nicht durch das Parlament ratifizieren lassen. Dahinter verbirgt sich die Angst um die Wahrnehmung der EPAs in der deutschen Öffentlichkeit und vor allem die Unsicherheit der Abstimmung im Bundesrat, wo einige Bundesländer mit Regierungsbeteiligung der Grünen und der Linken die EPAs ablehnen könnten.

Dass es dafür gute Gründe gibt, zeigt das Beispiel Nigeria. Der scheidende nigerianische Handelsminister Olusegun Aganga erklärte, es klinge vielversprechend, dass die EU der ECOWAS und Mauretanien 100 Prozent Zugang zum EU-Markt gewähre, während die westafrikanische Region selbst mit ihren 300 Millionen Konsumenten zum jetzigen Zeitpunkt „nur“ eine graduelle Marktöffnung von 75 Prozent über 20 Jahre umsetzen muss. In der Praxis sei dieses Abkommen jedoch nicht im Interesse der nigerianischen Wirtschaft, die nicht viel nach



Slumgebiet am Rande der nigerianischen Hauptstadt Lagos

Foto: Tom Koene

Europa zu exportieren hat. Die nigerianische Marktöffnung für die EU dagegen beeinträchtigt die Entwicklung des eigenen industriellen Sektors, da dieser trotz seines großen Potenzials noch nicht konkurrenzfähig sei. Weitere Folgen seien der Verlust von Staatseinnahmen und Arbeitsplätzen. Dies gilt auch für Länder der Region, die dem Druck der EU nicht standhalten konnten. Durch die ablehnende Haltung Nigerias und vier weiterer Länder befindet sich zudem die regionale Integration in Westafrika in Gefahr, die die EU angeblich unterstützen will.

Die Länder der ECOWAS stehen unter Druck, zum 1.10.2016 den Ratifizierungsprozess abzuschließen, wenn sie den bevorzugten Marktzugang zur EU nicht verlieren wollen. Die Parlamente müssen deshalb nicht nur schnell arbeiten, sondern auch berücksichtigen, dass sie ein den europäischen Interessen entsprechendes Ergebnis liefern müssen. So fördert die EU formale Demokratien, die nur Anerkennung genießen, wenn sie sich im Sinne der EU verhalten. Die Parlamente in Westafrika stehen damit in den nächsten 16 Monaten vor richtungsweisenden Entscheidungen.

Die Abkommen mit der SADC und der EAC befinden sich nach der Paraphierung in der Abschlussredaktion. Die Unterzeichnung ist noch für dieses Jahr geplant. 15 afrikanische Länder haben keine EPA-Verhandlungen geführt oder sie nicht abgeschlossen. Die meisten von ihnen sind von den Abkommen nicht betroffene besonders arme Länder (Least Developed Countries, LDCs) oder sie exportieren nur Öl nach Europa oder haben nur wenig Handel mit der EU. Es wird spannend sein, zu beobachten, wie sich die Situation in diesen Ländern entwickelt und welche Zukunft die regionale Integration in den einzelnen EPA-Regionen hat. Diese wird vermutlich aufgrund unterschiedlicher Handelsregime in den Regionen stark unter Druck geraten.

Wer bestimmt die Regeln?

Artikel 36 des Cotonou-Abkommens definiert das Mandat der EPA-Verhandlungen wie folgt: „Verhandlungen um die EPAs werden mit den AKP-Ländern unternommen, die sich in der Lage sehen dies zu tun, in dem von ihnen als angemessen empfundenen Umfang und im Einklang mit den von der AKP-Gruppe festgelegten Verfahren, unter Berücksichtigung der re-



Aktionstag am Rande des EU-Afrika-Gipfels in Brüssel im April 2014

gionalen Integration in der AKP-Gruppe.“ Dies klingt sehr vernünftig, aber die Interpretation des Mandats wurde zu einer der größten Belastungen der Beziehungen zwischen den europäischen und den in der AKP-Gruppe zusammengeschlossenen Ländern seit der Kolonialzeit.

Europas Wille, über das hinauszugehen, was ursprünglich vereinbart wurde und was die WTO-Regeln verlangen, hat seinem Ansehen geschadet. An seinen moralischen Anspruch glauben in den AKP-Ländern selbst die Eliten nicht mehr. Die AKP-Länder und besonders die afrikanischen Länder wiederum haben es nicht verstanden, die EPAs dafür zu nutzen, die Natur der Beziehungen zu Europa grundlegend zu ändern, indem sie das Ende der neokolonialen Durchdringung durchsetzen. Nun müssen sie nicht nur mit den Konsequenzen der EPAs leben, sondern auch mit denen, die daraus resultieren, dass mit TTIP zwei große Wirtschaftszonen sich zusammentun, eine Verschiebung der Handelsströme erwirken und für alle anderen geltende Standards setzen wollen. Europa und die USA tragen eine Hauptschuld am Scheitern der Welthandelsrunde. Aus egoistischen Interessen wollten sie an ihrer industriellen Landwirtschaft nichts ändern. Nun möchten sie über den Umweg bilateraler Abkommen das erreichen, was sie auf multilateraler Ebene nicht durchsetzen konnten.

Diejenigen, die den Freihandel verteidigen, merken oft gar nicht, in was für Widersprüche sie sich verwickeln. Freihandel im Sinne eines

Raumes, in dem für alle die gleichen von allen bestimmten Regeln gelten, existiert nicht. Die Regeln spiegeln immer die Machtverhältnisse. So gesehen ist Freihandel eine Ideologie zur Durchsetzung der Interessen der Mächtigen. Die Welt braucht also keinen Freihandel und somit keine EPAs, kein TTIP, kein TISA und kein CETA, sondern einen am Gemeinwohl orientierten und demokratisch regulierten Handel. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie muss dem Leben dienen. Fairer Handel ist unter den existierenden asymmetrischen Machtverhältnissen eine Illusion und die EPAs sind in dieser Hinsicht keine Ausnahme.



Dr. Boniface Mabanza studierte Philosophie, Literaturwissenschaften und Theologie in Kinshasa und promovierte 2007 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster. Er ist Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg. Für seinen konsequenten Einsatz für afrikanische Perspektiven in Europa erhält Boniface Mabanza im Juni 2015 den „Dorothee Sölle-Preis für aufrechten Gang“, den das Ökumenische Netzwerk „Initiative Kirche von unten“ vergibt.



Demonstration gegen den G7-Gipfel am 4. Juni 2015 unter dem Motto „TTIP stoppen, Klima retten, Armut bekämpfen“

Handel als Entwicklungschance

Von Armin Laschet

Am Anfang steht eine grundsätzliche Frage: Ist der freie Welthandel eine Chance oder ein Risiko? Je nachdem, wie man diese Frage beantwortet, wird auch das grundsätzliche Urteil über die Verhandlungen über die Economic Partnership Agreements (EPAs) ausfallen, die Europa gegenwärtig mit den afrikanischen Wirtschaftsregionen anstrebt. Gleiches gilt für die Verhandlungen der EU mit den USA über das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP, das weitaus mehr in der öffentlichen Wahrnehmung – und in der öffentlichen Kritik – steht.

In beiden Fällen – die Abkommen mit den Regionen Afrikas wie das Abkommen mit den USA – ist Europa der zentrale Verhandlungspartner. Dass die Regeln für den Welthandel der Zukunft unter Einbeziehung der europäischen Staatengemeinschaft erfolgt, ist in beiden Fällen eine gute Nachricht für die Europäerinnen und Europäer. Unsere heimische Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren davon, wenn es uns gelingt, unsere hohen Standards im globalen Maßstab zu sichern.

Selbstverständlich ist diese aktive Rolle Europas längst nicht mehr. Bei meinen Gesprächen in den USA, die ich in diesen Wochen geführt habe, musste ich schnell feststellen: Die Amerikaner messen den Verhandlungen mit Asien über den Beitritt zum sogenannten TPP-Abkommen (Transpazifische strategische wirtschaftliche Partnerschaft) weitaus größere Bedeutung zu als dem Abkommen mit Europa. Kein Wunder angesichts der anhaltend großen Dynamik der asiatischen Volkswirtschaften, insbesondere natürlich Chinas. Wenn Europa auch in den nächsten Dekaden eine wichtige Rolle im Welthandel spielen möchte, muss es die Regeln des globalen Marktes aktiv mitgestalten.

Europa oder China?

Auch im Handel mit Afrika und den Staaten des karibischen und pazifischen Raumes ist es längst keine Selbstverständlichkeit mehr, dass die EU der zentrale Ansprechpartner ist, wie der Blick nach Afrika deutlich macht. Das ambitionierte und immer selbstbewusster auf-

tretende China hat den afrikanischen Kontinent als strategisch und wirtschaftspolitisch bedeutsame Region für sich entdeckt. Zahlreiche Investitionsabkommen und konkrete Infrastrukturprojekte beweisen dies. Dass China dabei sein Engagement an Bedingungen wie Menschenrechte, faire Handelsbeziehungen, Partnerschaft auf Augenhöhe etc. knüpfen könnte, dürften nicht einmal die schärfsten Kritiker der europäischen Afrikapolitik behaupten. Etwas mehr Fairness gegenüber dem Engagement der EU ist daher durchaus angebracht. Denn am Ende wird es doch so sein: Wenn nicht Europa Handelsabkommen mit den Staaten Afrikas schließt, werden es andere tun – im Zweifelsfall zu für Afrika weitaus schlechteren Bedingungen.

Klar dürfte aber auch sein: Das Auftreten der Europäer im Gespräch mit den afrikanischen Partnern muss ein anderes sein als das der Chinesen. Wenn in der afrikanischen Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, europäische Verhandlungsführer legten ein „arrogante(s), an Kolonialzeiten erinnernde(s) Auftreten“ an den

Tag, wie Boniface Mabanza es beschreibt, dann ist etwas gründlich schief gelaufen. Aber ist die Botschaft falsch, nur weil der Überbringer sich im Ton vergreift?

Auch für Afrika ist die Frage zu beantworten, die eingangs ganz grundsätzlich gestellt worden ist: Ob die Einbindung in den Weltmarkt mehr Chance oder mehr Risiko für die Entwicklungschancen Afrikas bedeutet. Meine Antwort lautet: Die Regeln des Welthandels müssen so gestaltet werden, dass die Volkswirtschaften des afrikanischen Kontinents davon profitieren.

Handel plus Entwicklungszusammenarbeit

Der Blick in die Karibik zeigt, dass die Einbeziehung der südlichen Länder in den globalen Handel auf der Grundlage eines Abkommens mit Europa ein erfolgversprechender Weg sein kann. Sechs Jahre nach Unterzeichnung des EPA zwischen Europa und der Gruppe der karibischen CARIFORUM-Staaten haben der Handel und die regionale Zusammenarbeit zugelegt. Ein Grund für diese positive Entwicklung liegt auch darin, dass das Abkommen von konkreter Entwicklungszusammenarbeit begleitet wird: Die in Bonn ansässige GIZ unterstützt im Auftrag des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit Unternehmen in der Karibik dabei, den Marktzugang nach Europa besser zu nutzen, indem die Wettbewerbsfähigkeit gefördert und beispielsweise die Einhaltung internationaler Hygiene-Standards, etwa für Lebensmittelexporte, unterstützt werden.

Die Voraussetzungen dafür, dass ein solcher Erfolg auch in Afrika möglich wird, werden in vielen afrikanischen Staaten stetig besser: Einer Untersuchung der Beratungsgesellschaft pwc zufolge hat der afrikanische Kontinent in der letzten Dekade die längste und stärkste Wachstumsperiode seit den 1960er-Jahren erlebt. Sieben der zehn im weltweiten Vergleich am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften

finden sich gegenwärtig in Afrika. Jährliche Wachstumsraten von fünf bis sechs Prozent sind deutlich mehr als wir in Europa erleben. Einige afrikanische Staaten, wie Ghana, Kamerun oder Kenia, gehören nicht (mehr) zur Gruppe der Least Developed Countries, der Sonderfall Südafrika spielt sowieso in einer anderen Liga.

Trotz des daraus entstehenden Potenzials liegt der Anteil afrikanischer Länder an der Weltwirtschaft immer noch unter zwei Prozent. Dabei haben die Länder Afrikas weitaus mehr zu bieten, als ihren Reichtum an Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas, Gold, Baumwolle oder Kakao. Durch innere Reformen wachsen zudem Investitionssicherheit und Wettbewerbsbedingungen in vielen Staaten Afrikas.

Gegenseitigkeit statt Asymmetrie

Es ist an der Zeit, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den AKP-Staaten auf eine neue Grundlage gestellt werden. Was zu Zeiten der Römischen Verträge 1957 richtig war, nämlich den 78 AKP-Staaten einseitige Zollpräferenzen zu gewähren, entspricht nicht mehr den Erfordernissen einer globalisierten Weltwirtschaft. Nicht nur deshalb, weil andere Entwicklungsländer die institutionalisierte Benachteiligung nicht mehr hinnehmen wollen.

Die neuen, WTO-kompatibel gestalteten Freihandelsabkommen stellen einen grundlegenden Paradigmenwechsel dar: An die Stelle der vormals asymmetrischen Handelsbeziehungen unter den Lomé-Abkommen tritt nunmehr das Prinzip der Gegenseitigkeit. Das heißt, um ihren freien Marktzugang zur EU behalten zu dürfen, müssen die AKP-Staaten ihre Märkte ähnlich weitgehend für Exporte aus den EU-Mitgliedstaaten öffnen.

Ein zentraler Punkt der angestrebten Abkommen ist dabei, dass sie sowohl der Entwicklung als auch der Vertiefung der regionalen Integration der AKP-Staaten verpflichtet sind.

Die Vorstellung ist faszinierend, dass innerhalb Afrikas Zollunionen und Binnenmärkte entstehen. Europa hat dieser Weg erfolgreich gemacht. Warum sollte nicht auch die afrikanische Wirtschaft von einem intensivierten Binnenhandel innerhalb des westafrikanischen ECOWAS, des südafrikanischen SADC oder des EAC der ostafrikanischen Staaten profitieren?

Das größte Potenzial der EPAs besteht aber darin, dass sie einen umfassenden Entwicklungsansatz verfolgen und über reine Handelsabkommen hinausgehen. Wenn es gelingt, dass Handel und Entwicklung sinnvoll miteinander verbunden werden, dann können die EPAs ein echter Beitrag der EU zur Entwicklung Afrikas durch Handel werden.

Europa ist dafür der richtige Partner. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind zusammen der weltgrößte Geber von Entwicklungshilfe. Allein 2013 stellten sie 56,5 Milliarden Euro zur Verfügung, mehr als die Hälfte der gesamten Entwicklungshilfe.

Und offensichtlich ist noch ein Weiteres nötig: verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Das ist mit Geld allein nicht zu leisten. Hierzu bedarf es vielmehr eines Auftretens in Stil und Inhalt, das von Fairness und echter Partnerschaftlichkeit gekennzeichnet ist. Und das liegt dann ohne jeden Zweifel im Interesse aller Beteiligten: im Interesse Afrikas, Europas und der Chance auf Entwicklung durch Handel.



Foto: Andreas Herrmann

Armin Laschet ist Vorsitzender der Landtagsfraktion und der CDU Nordrhein-Westfalen. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1999 bis 2005 des Europäischen Parlaments, wo er sich u. a. in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Zusammenarbeit engagierte. Von 2005 bis 2010 war er NRW-Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration und – als Verantwortlicher der Landesregierung für den Bereich Eine Welt – von 2006 bis 2010 stellvertretender Vorsitzender unseres Stiftungsrats.



Foto: AP Photo/Michael Duff

Helfer besuchen ein Haus in Sierra Leone, dessen Bewohner unter Quarantäne stehen.

Den Teufelskreis von Armut und Krankheit durchbrechen

Interview mit Forschungsstaatssekretär Dr. Georg Schütte zum G7-Gipfel

Deutschland hat aktuell den Vorsitz der G7 inne (ein informelles Forum der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den USA) und war am 7. und 8. Juni Gastgeber des G7-Gipfeltreffens auf Schloss Elmau. Ein wichtiges Thema dort war der Kampf gegen Krankheiten wie Ebola, Malaria oder Tuberkulose, betont Dr. Georg Schütte, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Herr Dr. Schütte, warum waren vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten ein Schwerpunkt des G7-Treffens?

Die Ebola-Epidemie an der Westküste Afrikas hat gezeigt, dass diese Infektionskrankheiten nicht nur zu Katastrophen in einigen wenigen Ländern führen, sondern auch eine Bedrohung für die gesamte Weltbevölkerung darstellen können, wenn wir versäumen, neue und wirksame Medikamente zu entwickeln. Wir freuen uns, dass die G7-Partner die Einschätzung der Bundesregierung teilen, dieses Thema prioritär zu behandeln.

Was ist außerdem noch geplant?

Die Wissenschaftsminister der G7-Staaten werden auf ihrem Treffen im Oktober in Berlin intensiv diskutieren, wie wir durch gezielte Forschungsförderung dazu beitragen können, die Infektionskrankheiten in Entwicklungsländern zu besiegen.

Sie haben sich mit den Vertretern von acht Nichtregierungsorganisationen getroffen.

Warum ist deren Arbeit so wichtig?

Ob Ebola oder Malaria – für viele Krankheiten insbesondere in afrikanischen Ländern gibt es keine angemessene Behandlung. Therapien sind veraltet, haben starke Nebenwirkungen oder fehlen völlig. Hinzu kommt, dass existierende Medikamente oder Impfstoffe für viele Patienten schlicht unerschwinglich sind. Mit verheerenden Folgen: Nahezu eine Milliarde Menschen sind betroffen. Viele Krankheitsverläufe führen zu Behinderung, Arbeitsverlust, Zunahme der Armut und in vielen Fällen zum Tod. Die Helfer der Nichtregierungsorganisationen kämpfen vor Ort gegen Krankheiten und Epidemien. Das Engagement der NRO wie

„Ärzte ohne Grenzen“ oder „Brot für die Welt“, um hier einige stellvertretend zu nennen, ist bemerkenswert und unverzichtbar. Dafür bin ich den Organisationen dankbar.

Was tut die Bundesregierung, um die Arbeit der NROs zu unterstützen?

Die globale Gesundheit ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen – und der Kampf gegen vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten in den Entwicklungsländern ist ein Teil davon. So steht es nicht zuletzt auch im Koalitionsvertrag. Deshalb hat sich Deutschland dafür eingesetzt, dass über Infektionskrankheiten in Entwicklungsländern während des G7-Gipfels beraten wird. 2015 ist das Europäische Jahr der Entwicklung – kein anderes Thema könnte hier passender sein.

Gibt es Pläne, wie die Hilfe für Entwicklungsländer aussehen kann?

Deutschland hat im Rahmen des G7-Gipfels dafür plädiert, die Forschung auszubauen und die bisherigen Anstrengungen besser zu koordinieren. Wir sind bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen. Im Januar haben wir den deutschen

Beitrag zur GAVI, der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung, erheblich aufgestockt. Dadurch können viele Menschen in den Entwicklungsländern gegen Infektionskrankheiten geimpft werden. Mehr Investitionen bedeuten auch mehr Schutz.

Wie wird sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung engagieren, um die Forschung zu armutsbedingten Krankheiten zu verbessern?

Es gibt zahlreiche Punkte, an denen wir ansetzen müssen, um mit Forschung und Entwicklung den Teufelskreis von Armut und Krankheit zu durchbrechen – bei uns in Deutschland, aber auch vor Ort in den Entwicklungsländern. Hervorzuheben ist hier unsere Förderung von Product Development Partnerships (PDPs), in denen Wissenschaftler an Präventionsmethoden, Impfstoffen und Medikamenten für die Behandlung vernachlässigter und armutsassoziierter Krankheiten wie Chagas, Dengue und Elefantiasis arbeiten. Außerdem ist es uns ein besonderes Anliegen, Infektionskrankheiten zu bekämpfen, die zu hoher Sterblichkeit bei Kindern in Entwicklungsländern führen, wie beispielsweise bakterielle Pneumonie und Meningitis, Durchfallerkrankungen oder Malaria. Die EDCTP-Initiative (European and Developing Countries Clinical Trials Partnership) widmet sich AIDS/HIV, Malaria und Tuberkulose in Subsahara-Afrika. Zusammen mit 15 anderen europäischen Ländern beteiligt sich Deutschland finanziell an dieser Fördermaßnahme.

Aber es gibt noch ein weiteres Problem, nämlich die Ausbildung von Resistenzen gegen Antibiotika.

Das ist besonders bedenklich, weil wir Antibiotika als wirksame Medikamente gegen bakterielle Infektionen weiterhin dringend benötigen. Daher ist es im Interesse der Bundesregierung, dass neue Präparate entwickelt werden, auf die man im Falle einer Resistenz gegen die gängige Medikation zurückgreifen kann. Auch dieses Thema wird deshalb auf dem G7-Gipfel eine Rolle spielen.

Gibt es Bestrebungen, so etwas wie ein „Frühwarnsystem“ gegen Ebola und vergleichbare Epidemien einzurichten?

Die Ebola-Epidemie in Westafrika hat uns vor Augen geführt, welche Folgen unkontrollierte Ausbrüche von Infektionskrankheiten haben können. Die wirtschaftlichen und sozia-



Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama am 7. Juni 2015 in Krün (Bayern).

Die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrienationen (G7) trafen sich für zwei Tage im bayerischen Elmau.

len Auswirkungen der Epidemie in der Region sind noch nicht abzuschätzen. Wir müssen uns gegen den Ausbruch solcher Infektionskrankheiten besser wappnen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Verstärkung der Seuchenüberwachung und -kontrolle ist dabei ein wichtiger Beitrag. Es gibt hierzu bereits Vorschläge, die wir jetzt analysieren und bündeln müssen, um daraus realistische Optionen für konkrete Verbesserungen zu entwickeln. Ich hoffe, dass diese Vorschläge in zukünftigen internationalen Beratungen aufgegriffen werden. Mit dem G7-Gipfel bietet sich eine gute Chance dafür.

Es gab im Herbst 2014 vielfach Kritik, Deutschland habe zu spät und nicht massiv genug auf den Ausbruch der Seuche reagiert.

Ist diese Kritik nachvollziehbar? Und was kann man in Zukunft besser machen?

Wir haben – wie viele andere – den Ernst der Lage zu spät erkannt. Insgesamt aber hat Deutschland bei der Bekämpfung von Ebola ein sehr großes und auch wirksames Engagement gezeigt. Doch solange Menschen bei Epidemien sterben, können wir uns nicht auf dem Geleisteten ausruhen. Mit dem Sechs-Punkte-Plan der Bundeskanzlerin können wir in Zukunft besser auf solche Gesundheitskrisen reagieren. Auf der Agenda steht vor allem folgendes: Medizinisches Personal und Material muss schneller bereitgestellt und vor Ort gebracht werden. Es müssen Fonds zur schnellen Auszahlung finanzieller Hilfen eingerichtet, die Gesundheitssysteme betroffener Länder gestärkt und mehr Anreize für die Erforschung und Produktion von Medikamenten und Impfstoffen geschaffen werden. Damit dies gelingen kann, müssen wir eng mit den betroffenen Ländern zusammenarbeiten.

Lässt sich die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den NRO noch optimieren?

Die Zusammenarbeit ist aus meiner Sicht sehr gut. Für das BMBF kann ich sagen, dass das Verhältnis von Offenheit und Vertrauen gekennzeichnet ist. Ich denke, von der Zusammenarbeit profitieren beide. Für uns ist es wichtig, die Sicht der NRO auf die Probleme zu kennen und an deren aus täglicher Praxis resultierendem Wissensschatz teilhaben zu können. Das hilft uns erheblich bei der Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Programme. Für die NRO ist es umgekehrt wichtig, frühzeitig die Haltung der Regierung und Ministerien zu ihren Zielen zu kennen. Diese gute Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen.

→ Teile dieses Interviews wurden bereits auf www.bmbf.de veröffentlicht.



Dr. Georg Schütte promovierte im Bereich Medienwissenschaften und ist seit Dezember 2009 Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Zuvor war er seit 2004 Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung in Bonn, die ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Forschungsaufenthalte in Deutschland ermöglicht.



Foto: H-BRS/M. Fläcke

Besuch bei einem Kooperationspartner, der Firma ZEAL Environmental Technologies in Ghana: Prof. Dr. Margit Ernenpitsch von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und Phaniel Wunu, Koordinator des Partnerschaftsprojekts an der University of Cape Coast (UCC).

Hochschulen als Partner der Praxis

Die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg entwickelt die Berufsfähigkeit in afrikanischen Zukunftsmärkten

Von Jürgen Bode

Hochschulen spielen für die Entwicklung eines Landes eine bedeutende, in der Entwicklungspolitik bisweilen noch unterschätzte Rolle. Sie bilden zukünftige Entscheidungsträger, Fach- und Führungskräfte aus, die zunehmend komplexe Fragestellungen zu lösen haben.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert den Aufbau von Kapazitäten an Hochschulen in Subsahara-Afrika. Beispielsweise unterstützt die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit Mitteln des BMZ die Einrichtung einer überregionalen Panafrikanischen Netzwerkuniversität.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) setzt vor allem auf Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Hochschulen und fördert mit BMZ-Geldern unter anderem die Verbesserung der Managementstrukturen an den Universitäten. Hiermit werden Nord-Süd-Kooperationen gestärkt, die besonders nachhaltig wirken, da eine Hochschulpartnerschaft in aller Regel auch weiter

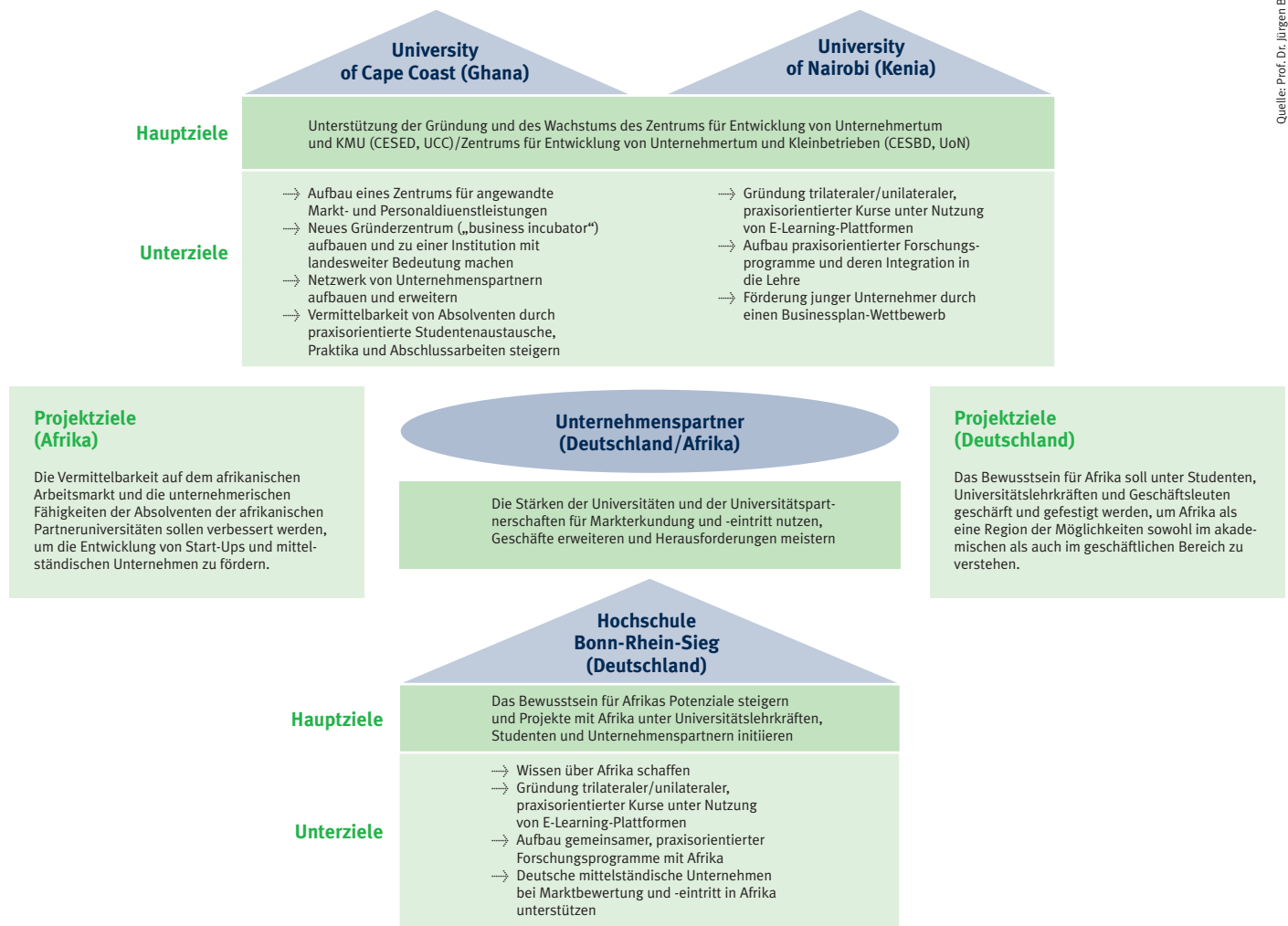
läuft, wenn die Förderprojekte ausgelaufen sind. Außerdem sind die Universitätspartner über die Förderziele hinaus an einer langfristig angelegten Pflege und Entwicklung der Zusammenarbeit interessiert, so dass sie auch eigene Ressourcen in aussichtsreiche Projekte stecken. Dies zeigt sich an der großen Zahl an Hochschullehrern, die an ihre Partnerinstitutionen reisen und dort für begrenzte Zeit arbeiten, ohne einen Cent Vergütung zu erhalten.

Theorie und Praxis verbinden

Viele afrikanische Universitäten streben als oberstes Ziel akademische Exzellenz an und übernehmen weitgehend die in Industrieländern gebräuchlichen Indikatoren forschungsorientierter Universitäten zur Messung ihrer Leistung, zum Beispiel die Anzahl von Veröffentlichungen in akademischen Zeitschriften. Dies mag ehrenwert sein, geht aber an den Bedürfnissen der Gesellschaft nach hervorragend ausgebildeten und auf die Berufswelt gut vor-

bereiteten Absolventen vorbei. Es ist das Mantra der Unternehmen, wenn man sie nach ihren Erfahrungen mit akademisch ausgebildeten Berufsanfängern befragt: „They are strong in theory, but they know nothing about the real work life – and want to become boss from day one!“

Das deutsche Erfolgsmodell der Fachhochschulen zeigt, wie wissenschaftliche Qualifikation und berufliche Befähigung („employability“) Hand in Hand gehen können. Vor diesem Hintergrund begann die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg 2012 ein Projekt in Kooperation mit ihrem Partner University of Cape Coast in Ghana, das sich besonders mit der Gründung von Unternehmen und der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt. Mittlerweile ist unter dem Projekttitel „German-African University Partnership Platform for the Development of Entrepreneurs and Small/Medium Enterprises“ die University of Nairobi, Kenia, als weiterer Partner hinzugekommen. Das Projekt wird von BMZ und DAAD gefördert, Hauptunternehmenspartner ist die



Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG).

Aus afrikanischer Perspektive ist das Ziel des Projekts, die Vermittelbarkeit der Absolventen auf dem afrikanischen Arbeitsmarkt zu verbessern. Zugleich schlummern in den Partnerländern noch Marktpotenziale, die durch den Mut junger Unternehmer und Unternehmerinnen geweckt werden sollen. Deshalb verfolgt das Projekt auch die Ausbildung unternehmerischer Fähigkeiten unter den Studierenden.

Zusammenarbeit mit Unternehmen

Es ist mittlerweile gelungen, an der University of Cape Coast (UCC) die Zahl der aktiven Unternehmenspartner von nahezu Null auf über zwei Dutzend zu steigern. Sie bieten Praktika und senden Mitarbeiter als Lehrbeauftragte an die Universität. Mit dem „DEG Young Entrepreneurship Business Plan Award“ werden junge Absolvententeams gefördert, die sich eine Existenz aufbauen. Sie haben ihre Büros im „UCC Business Incubator“ bezogen, der im Rahmen des Projekts aufgebaut wurde und den jungen Managern Starthilfe gewährt.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, würde das Projekt nur als ein Vorhaben zur Entwicklung in Afrika angesehen. Etliche Länder des Kontinents weisen erhebliche wirtschaftliche Wachstumsraten auf. Wir haben es mit einem Zukunftsmarkt zu tun, in dem zahlreiche Unternehmen schon jetzt Geld verdienen. Beschäftigung und Einkommen steigen, es entstehen wachsende Mittelschichten, die auch politisch und gesellschaftlich mitbestimmen wollen. All dies ist in Deutschland nicht ausreichend bekannt, es herrscht noch immer die Wahrnehmung, Afrika sei bestimmt durch Misswirtschaft, Armut und schlechter Regierungsführung.

Aus deutscher Perspektive ist daher das Ziel unseres Projekts, deutschen Unternehmen Afrikas Rolle als Markt der Zukunft deutlich zu machen und für deren Kooperationen mit afrikanischen Partnern eine Plattform zu bieten. So senden wir beispielsweise fortgeschrittene deutsche Studierende nach Afrika, um für konkret benannte Unternehmen Marktforschung vor Ort vorzunehmen. Afrikanische Stipendiaten stellen während ihres Austauschsemesters in Deutschland den Unter-

nehmenspartnern ihr Wissen zur Verfügung und werden nach Rückkehr in ihr Heimatland für sie tätig.

Unternehmen mit Interesse an einer Beteiligung an dem Projekt sind herzlich eingeladen, mit der Projektleitung Kontakt aufzunehmen.



Foto: H-BRS/M. Flacke

Prof. Dr. Jürgen Bode arbeitet seit 2008 an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und ist Vizepräsident für Internationalisierung und Diversität. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Internationalisierung von Hochschulen, Internationales Hochschulmarketing und Entrepreneurship in Entwicklungsländern.

Verantwortung tragen!

Das Bundesentwicklungsministerium engagiert sich für bessere Bedingungen in der Textilproduktion

Von Hans-Joachim Fuchtel

In jedem Kleidungsstück steckt die Arbeitskraft unzähliger Menschen, vom Baumwollfeld bis zum Bügel liegen oft weit über hundert Produktionsschritte. Schätzungsweise 60 Millionen Menschen weltweit sind derzeit in der Textilindustrie tätig. Die Produktionsstätten sind dabei meist auf der halben Welt verteilt. Vor allem die arbeitsintensiven Arbeitsschritte, wie Baumwollanbau, Spinnen, Färben, Zuschnitt, Nähen und Konfektionierung, erfolgen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie bildet eine wichtige Brücke für landwirtschaftlich geprägte Volkswirtschaften auf dem Weg zur Industriegesellschaft. Sie ist Motor für wirtschaftliche Entwicklung und schafft viele Arbeitsplätze, vor allem für Frauen. Länder wie Bangladesch oder Pakistan bestreiten bis zu 80 Prozent ihrer Exporte über Textilien.

Wachstum um jeden Preis?

Die Produktionsbedingungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind häufig mangelhaft und entsprechen nicht internationalen Standards. Lange Arbeitszeiten und Hungerlöhne sind in den Fabriken an der Tagesordnung. Fahrlässiger Umgang mit Chemikalien sowie mangelnder Brandschutz und Gebäudesicherheit gefährden die Gesundheit der Angestellten. Soziale Sicherungssysteme sucht man meist vergebens, die Arbeit von Gewerkschaften wird oftmals behindert. Viele Produktionsbetriebe tragen zudem durch ungeklärte Abwässer massiv zur Umweltverschmutzung bei. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.

Wer trägt hier Verantwortung?

Die Textilindustrie kann nur nachhaltig verändert werden, wenn alle relevanten Akteure mitziehen: Regierungen, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher. Die globale Umsetzung und Verbesserung von Sozial- und Umweltstandards wird nur gelingen, wenn international die gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen geschaffen werden.

Genau an diesem Punkt setzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an. Das BMZ berät seine Partnerländer ebenso wie Unternehmen gezielt bei der Verbesserung der nationalen Arbeits-, Sozial- und Umweltgesetzgebung und bei der Durchsetzung dieser Gesetze. In Bangladesch zum Beispiel unterstützt das BMZ mehr als 800 Textil-Unternehmen über Fortbildung und Beratung. Dabei arbeitet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit allen maßgeblichen Akteuren zusammen: So haben wir gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) staatliche Arbeitsinspektoren ausgebildet und sie mit Fahrzeugen, Messgeräten und Kameras ausgestattet, damit sie die Textilfabriken überprüfen können. Ferner fördert das BMZ die „Labour Line“, eine Notfall- und Servicenummer, bei der Missstände und Arbeitskonflikte gemeldet werden können. Das BMZ unterstützt die Arbeit von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken.

Unser Ziel ist es, ökologische und soziale Standards in allen Produktionsländern der Textilindustrie flächendeckend zu verankern. Daher hat das BMZ das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ ins Leben gerufen – mit inzwischen rund 70 Mitgliedern und es wächst beständig weiter.

Mittelfristig geht es dem Textilbündnis darum, dass Handel, Hersteller und Unternehmen gemeinsam Strategien entwickeln, um in der Textilproduktion ökologische und soziale Mindeststandards einzuhalten – von der Baumwollernte bis zum Verkauf des Kleidungsstücks. Grundlage hierfür ist ein Aktionsplan, den das BMZ gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften erarbeitet hat.

Konsumenten geben wichtige Impulse?

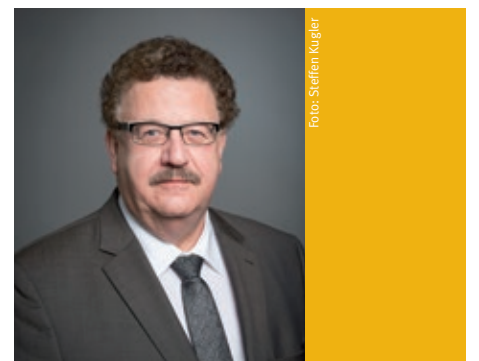
Verbraucherinnen und Verbraucher stehen am Ende der Wertschöpfungskette und spielen eine wesentliche Rolle. Mit der eigenen bewussten Einkaufsentscheidung und durch kritisches Nachfragen geben Konsumentinnen und Konsumenten Firmen einen wichtigen Impuls.

Durch ihr Verhalten können sie Unternehmen veranlassen, umzusteuern und nachhaltigere Produkte anzubieten. Das muss übrigens nicht immer teurer sein.



Das vom BMZ initiierte Bewertungsportal www.siegelklarheit.de ist Teil der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Zurzeit enthält es Informationen und Bewertungen zu Textilsiegeln. Bewertungen der Siegel zu Lebensmitteln, Papier und Holz werden folgen. Eine App ermöglicht es, sich auch direkt beim Einkauf über die Siegel zu informieren.

Bereits heute ist es möglich, nachhaltig einzukaufen. Wen die Vielzahl unterschiedlicher Siegel verwirrt, der findet Orientierung in unserem Online-Portal www.siegelklarheit.de. Das Portal erklärt und bewertet zunächst die unterschiedlichen Standards und Siegel im Textilbereich und bietet so eine hilfreiche und zugleich unabhängige Verbraucherinformation.



Hans-Joachim Fuchtel (CDU) ist seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Dezember 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von 2009 an war er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales.

Umstritten

Das neue Landesjagdgesetz in NRW

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hatte in ihren Koalitionsvertrag von 2012 die Novellierung des Landesjagdgesetzes beschlossen. Notwendig sei ein „Paradigmenwechsel zu mehr Nachhaltigkeit“, das Jagdrecht solle sich künftig vor allem an „ökologischen Prinzipien und dem Tierschutz“ orientieren. Oberstes Ziel der Jagd müsse der „Schutz des Waldes vor zu hohen Wildbeständen“ sein. Im Juni 2014 hatten verschiedene deutsche und europäische Naturschutz- und Tierschutzverbände eine Resolution für ein modernes Jagdgesetz vorgelegt. Auch für die Jagd dürften keine Ausnahmen mehr vom geltenden Tier- und Naturschutzrecht gemacht werden.

Mehr als zwei Jahre arbeitete ein interdisziplinär besetzter Arbeitskreis für Jagd und Naturschutz unter der Moderation des Landesumweltministeriums vertraulich an der konkreten Ausgestaltung dieser Vorgaben. Vor allem den Naturschutzverbänden dauerte das zu lange. Dennoch setzte der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck im Sommer 2014 klare Prioritäten: „Qualität geht für uns vor Schnelligkeit, das gilt für den Gesetzestext wie für die notwendigen fachlichen Diskussionen.“

Diese Diskussionen verließen jedoch mitunter die fachliche Ebene, vor allem nach den angeblichen jagdfeindlichen Äußerun-



gen eines Abteilungsleiters im Umweltministerium, die dieser allerdings dementierte und die das Ministerium als falsche Anschuldigungen zurückwies.

Armutszeugnis oder gelungener Kompromiss?

Am 30. April 2015 wurde das neue Jagdgesetz schließlich vom Landtag verabschiedet. Landesumweltminister Johannes Remmel sprach von einem „guten Tag für den Tierschutz und das wertvolle Naturerbe in NRW“. Für den NABU-Landesverband ist mit dem Gesetz „der Spagat zwischen Jagdinteressen und dem Na-

tur- und Tierschutz eindrucksvoll gelungen“. Der Entwurf setze in vielen Punkten bundesweit Maßstäbe, auch wenn sich die Naturschützer noch weitergehende Regelungen gewünscht hätten, etwa bei der Reduzierung der dem Jagdrecht unterliegenden Arten.

Der Landesjagdverband lehnt das Gesetz weiterhin ab, Präsident Ralph Müller-Schallenberg sprach von einem „politischen Armutszeugnis“. Die Jäger stören sich an vielen Punkten, etwa den Einschränkungen beziehungsweise dem Verbot des Abschusses von streunenden Hunden, Katzen und Krähen. Auch die Einschränkung der Winterfütterung stößt beim Jagdverband auf massiven Widerstand.

Der NABU NRW hat die Kritik des Landesjagdverbandes zurückgewiesen. Ein Blick in die Jagdstatistik von 2012/2013 zeige, dass von den 1.197.979 erlegten Tieren gerade mal rund 1,5 Prozent nach dem neuen Gesetz nicht hätten geschossen werden dürfen. Während der Landesjagdverband eine gerichtliche Prüfung des Gesetzes erwägt, fordern Umweltverbände wie der BUND eine noch stärkere Orientierung an Prinzipien des Arten- und Naturschutzes. So müsse die Jagd in Naturschutzgebieten verboten werden. Das Gesetz wird am 1. Juli 2015 in Kraft treten, aber die Diskussionen werden sicher weitergehen.

→ Weitere Informationen unter www.umwelt.nrw.de/natur-wald/jagd-und-fischerei



Foto: S. Wenzel

Halsbandsittich

Urbanes Leben ist angesagt

Vögel im städtischen Raum

Die Stadt – ein unwirtlicher Ort? Laut, abgasverseucht und bis in die letzte Mauerritze zubetoniert? Das sehen viele Tiere mittlerweile ganz anders. Wildschweine durchwühlen die Gärten der Bundeshauptstadt, Waschbären stürzen auf der Suche nach Nahrung Mülltonnen um oder stören die Nachtruhe durch lebhaftes Getrappel auf dem Dachboden. Marder treiben Autobesitzer in den Wahnsinn, Kaninchen vermehren sich explosionsartig auf den städtischen Grünflächen, und Experten schätzen, dass in Essen mittlerweile bis zu 14 Füchse pro Quadratkilometer leben.

Die Landflucht vieler Tierarten hat Gründe. Der wichtigste ist sicher die zunehmende Intensivierung der Agrarlandschaft. Monokulturen, Überdüngung und Pestizide sind keine Zutaten für ein gutes Landleben, und auf einem Feld

ohne säumenden Gehölzstreifen, das zudem noch möglichst früh und vollständig abgeerntet wird, findet kein Rebhuhn ausreichend Deckung.

Ganz anders hingegen viele Städte, so der Stadtökologe Bernhard Kegel in seinem ausgesprochen lesenswerten Buch „Tiere in der Stadt“ (Dumont 2013): Sie seien „riesige, aus Gigatonnen von Stein, Asphalt, Beton und Glas aufgetürmte Kunstfelsenmassive, voller Höhlen, Nistplätze und Unterschlüpfе, warm und trocken und vergleichsweise sicher“.

Die Vorteile des urbanen Lebens werden am Beispiel der Bienen besonders deutlich. Diese finden in Parks, Hausgärten oder auf bepflanzten Balkonen zwischen April und November nahezu durchgehend gefüllte Blütenkelche. Pflanzenschutzmittel werden in städtischen

Grünanlagen kaum eingesetzt, und zusätzlich ist es in Städten durchschnittlich bis zu drei Grad Celsius wärmer als im Umland. „Urban Beekeeping“ gilt als angesagtes Hobby, alleine in Berlin tummeln sich rund 5000 Hobbyimker.

Auf Hochhäusern und unter Brücken

Besonders augenfällig ist der Trend zum Stadtleben bei vielen Vogelarten, die eine bemerkenswerte Anpassungsfähigkeit an den Tag legen. Sie brüten in unmittelbarer Nähe von Start- und Landebahnen, unter Eisenbahnbrücken oder auf dem höchsten Wolkenkratzer Deutschlands, dem Frankfurter Commerzbank-Tower: Dort nistet seit neun Jahren ein Wanderfalkenpaar und zieht seine Küken groß – eine ideale und störungsfreie Simulation der

steilen Felswände, die ihr natürlicher Brutplatz sind, an denen sich aber immer mehr Kletterer vergnügen.

Immer mehr Vogelarten zieht es aus der freien Landschaft in die Städte – so lautet auch das Fazit vom NABU und dem bayerischen Landesbund für Vogelschutz (LBV), die seit zehn Jahren mit der jährlich an einem Maiwochenende stattfindenden „Stunde der Gartenvögel“ eine Art Inventur der Vogelwelt im Siedlungsbereich durchführen. Durchschnittlich 40.000 Vogelfreunde zählen dabei für eine Stunde die Vogelarten in ihrem Garten oder einem Park und melden die Sichtungen an NABU und LBV.

Die Ergebnisse belegen den oben beschriebenen Trend. So brütet die Nachtigall besonders häufig in Berlin und ist mit ihrem Gesang auch im Regierungsviertel zu vernehmen. Und während der Bestand des Feldsperlings auf landwirtschaftlichen Flächen seit Jahren zurückgeht, nimmt er im Siedlungsraum zu: „2014 gab es hier beinahe fünfmal so viele Feldsperlinge wie 2006“, so der NABU-Vogelexperte Lars Lachmann.

Bunt und laut

Grün mit einem roten Schnabel, bis 40 Zentimeter groß und nicht zu überhören: Während Besucher des Rheinlandes über die ungewöhnlichen, bemerkenswert schönen Vögel staunen, haben sich die Einheimischen längst an die Halsbandsittiche gewöhnt. 1967 wurde das erste frei lebende Brutpaar in Köln entdeckt, und seither haben die bis zu 140 Gramm schweren Tiere viele Parks und Grünanlagen in der milden Rheinebene erobert. Ursprünglich stammt die Art aus Indien und den Savannen Afrikas. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurde sie in europäischen Zoos und von Privatleuten gehalten. Als erste europäische „Flüchtlinge“ gelten Halsbandsittiche aus dem englischen Norfolk, die dort 1855 dem lauten Ruf der Freiheit folgten.

Laut sind auch die Gesänge mancher Stadtvögel, das haben mehrere Studien ergeben. So singen männliche Nachtigallen in Berlin bis

zu 14 Dezibel lauter als ihre Artgenossen im Umland und reagieren dabei flexibel auf den Pegel der städtischen Hintergrundgeräusche. Jesko Partecke vom Max-Planck-Institut für Ornithologie hat bei Stadtmäusen einen höheren Testosteronspiegel entdeckt, ausgelöst durch die nächtliche Helligkeit. Dadurch beginnen sie früher mit dem Gesang, sowohl bei Tagesanbruch als auch zeitiger im Jahr. Nach einer Untersuchung von Forschern der niederländischen Universität in Leiden singen Kohlmeisen in Städten höher, schneller und kürzer als in der freien Natur, um sich vom tieferen Sound der Stadt abzuheben. Städtische Rotkehlchen hingegen schonen ihre Stimme und singen vermehrt in der Nacht.

Wohnraum wird knapp

Viele Vogelarten haben erfolgreiche Strategien entwickelt, um in der Stadt zurechtzukommen. Dennoch gibt es Sorgenkinder wie die Mehlschwalbe, den Mauersegler oder den Haussperling, deren Bestände in den letzten Jahren kontinuierlich abnehmen. Die Gründe dafür liegen im Rückgang des Nahrungsangebots an Fluginsekten, vor allem aber an fehlenden Nistmöglichkeiten durch eine umfassende Gebäudesanierung, die Mauerritzen und Nischen zunehmend verschwinden lässt.

Unsere Stiftung hat bereits die NABU-Kampagne „Schwalbenfreundliches Haus“ (U-3466) zwischen 2012 und 2013 mit 14.000 Euro gefördert. Damit wurden Hausbesitzer angeregt, nistende Schwalben an ihren Immobilien zu dulden oder sie sogar mit Nisthilfen oder der

Anlage von Lehmputzen zu unterstützen. Diese Aktion stieß auf große Resonanz und wird bis heute vom NABU NRW weiter durchgeführt.

Mit dem aktuellen Projekt „Mehr Platz für Spatz und Co. – Artenschutz an Gebäuden“ (U-3556, 59.300 Euro) möchte der BUND NRW, in Kooperation mit der Biologischen Station Hagen, Wohnungsbaugesellschaften dafür sensibilisieren, bei der energetischen Sanierung „durch die Integration von Nisthilfen in das Wärme-Dämm-Verbundsystem den Konflikt zwischen Wärmedämmung und Artenschutz aufzulösen“, so Projektleiter Franco Cassese. Dieser Konflikt sei den meisten Immobilienbesitzern nicht bewusst, da viele Brutplätze an und in Gebäuden unentdeckt blieben. „Dadurch gehen jedes Jahr Tausende durch das Bundesnaturschutzgesetz (§ 44) geschützte Brut- und Quartiermöglichkeiten für Haussperling, Hausrotschwanz, Mauersegler und diverse Fledermausarten verloren“, betont Cassese.

Bisher erweist sich das Projekt als erfolgreich. 70 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften beteiligen sich daran, und in ihrem Auftrag wurden 114 Artenschutzkonzepte entwickelt, die eine Integration von 2.317 Nisthilfen in die Wärmedämm-Verbundsysteme empfehlen – 1.249 dieser Maßnahmen wurden bereits umgesetzt. Ein wachsendes Netz von Regionalbetreuern, dessen Aufbau ebenfalls Projektbestandteil ist, sorgt für die fachliche Beratung und fachgerechte Umsetzung.

➔ Weitere Informationen unter www.gebaeudebrueter.de

Haussperling



Foto: NABU/fotostur



Foto: Einfach ganz anders

Change Agents

Einfach ganz anders!

BUNDJugend und Eine Welt Netz machen Schule

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stellt die Vermittlung von Gestaltungskompetenz in das Zentrum der pädagogischen Arbeit. Die Menschen werden als aktive Gestalter des gesellschaftlichen Lebens und der politischen und ökonomischen Verhältnisse angesehen. Selbstorganisation und Beteiligung sind deshalb in diesem Bildungskonzept wichtig. Das betrifft auch die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der schulischen Bildung. Mit dem Projekt „Einfach ganz anders – Ganztagsschulen für mehr Nachhaltigkeit“ haben die BUNDjugend NRW und das Eine Welt Netz NRW, zunächst gefördert vom Landesumweltministerium, bereits 2010 begonnen, eigene Beiträge zur Implementierung von BNE am nordrhein-westfälischen Schulen zu leisten. Der Zeitpunkt war günstig, denn im Schuljahr 2009/2010 startete in NRW der intensive Ganztagsschul- ausbau in der Sekundarstufe I, nachdem bis dahin der Schwerpunkt auf dem Grundschulbereich gelegen hatte.

Seit 2013 unterstützt unsere Stiftung das Projekt „Einfach ganz anders“, das mehrere Handlungsfelder des von der UNESCO beschlossenen „Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung“ abdeckt: die Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in Bildungs- und Ausbildungskontexte, die Kompetenzentwicklung bei Lehrenden und Multiplikatoren sowie die Stärkung und Mobilisierung der Jugend. Hilfreich ist dabei, dass bei dem Projekt ein umwelt- und ein entwick-

lungspolitischer Verband kooperieren und ihre unterschiedlichen fachlichen Kompetenzen einbringen.

Im Mittelpunkt der Bildungsangebote für Multiplikatoren und Ganztagsschulen stehen die Themen „Klima & Konsum“, „Boden & Ernährung“ sowie „Wasser“. Menschen, die als Honorarkräfte Angebote für die Sekundarstufe I machen wollen, erhalten in drei zweitägigen Fortbildungen das nötige inhaltliche und methodische Rüstzeug. Zwischen April 2013 und April 2015 wurden so insgesamt 89 Multiplikatoren ausgebildet. Lehrkräfte können interne Fortbildungen zu BNE buchen, und auf Anfrage kommen Teams mit qualifizierten Multiplikatoren in die Schulen und führen dort Mini-Aktionstage, Projektwochen oder Ganztags-AGs zu den thematischen Schwerpunkten durch.

Grundlage dieser Angebote sind im Rahmen des Projektes erarbeitete Leitfäden. Im Mittelpunkt stehen jedoch die Vorstellungen der Schüler. So geht es beim Projekttag zum Thema „Boden & Ernährung“ (Die Smoothie-Bar) zunächst um die eigene Ernährungsweise. Anschließend werden die Herkunfts- und Transportwege der Lebensmittel ebenso thematisiert wie die Arbeitsbedingungen beim Obstanbau oder die Folgen der globalen Lebensmittelverschwendung. Abschließend werden Handlungsalternativen diskutiert und auch umgesetzt – die Schüler produzieren Smoothies aus regionalem und saisonalem Obst. Sie werden ange-



regt, selbst etwas zu tun, als „Change Agents“ aktiv zu werden. Eine Unterstützung bietet hier das Aktionsheft „Werde Aktivist*in!“. Mit Tipps, Checklisten und Ideen motiviert es dazu, kreativ zu werden, eigene Aktionen zu entwickeln und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Langfristig geht es bei „Einfach ganz anders“ um die Partizipation aller Beteiligten: Multiplikatoren, Lehrkräfte, Schüler. Im Sinne des „whole institution approach“ soll ein Transformationsprozess eingeleitet werden, der die gesamte Bildungsinstitution am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausrichtet. Um eine stärkere institutionelle Verankerung zu fördern, legen die BUNDjugend NRW und das Eine Welt Netz NRW bei ihrer weiteren Arbeit einen Schwerpunkt auf die Integration der Thematik in die Fortbildungsstrukturen. Unsere Stiftung hat das Projekt bis Mai 2015 mit 276.940 Euro gefördert und unterstützt die zweijährige Fortsetzung mit 284.582 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.einfachganzanders.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5239 und Z-5304

Aus der Stiftung



Foto: SUE

Global Media Forum 2015

Auch in diesem Jahr lädt die Deutsche Welle zum Global Media Forum nach Bonn ein, um Medienvertreter aus aller Welt mit Akteuren aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft zusammenzubringen. Die Konferenz, zu der 2.000 Gäste erwartet werden, findet vom 22. bis 24. Juni statt. Im Mittelpunkt steht die Bedeutung des Internets für die auswärtige Politik und die internationale Diplomatie.

Redner sind u. a. Christiana Figueres, Generalsekretärin des UN-Klimasekretariats, Vitali Klitschko und Scilla Elworthy, Gründerin der Oxford Research Group und Mitglied des World Future Council. Unsere Stiftung und einige nordrhein-westfälische NRO werden mit einem gemeinsamen Infostand vertreten sein. Anmeldungen zur Veranstaltung sind bis zum 17. Juni möglich, für Vertreter von Nichtregierungsorganisationen beträgt die Teilnahmegebühr 75 Euro (statt 195).

→ Informationen und Anmeldung unter www.dw-gmf.de

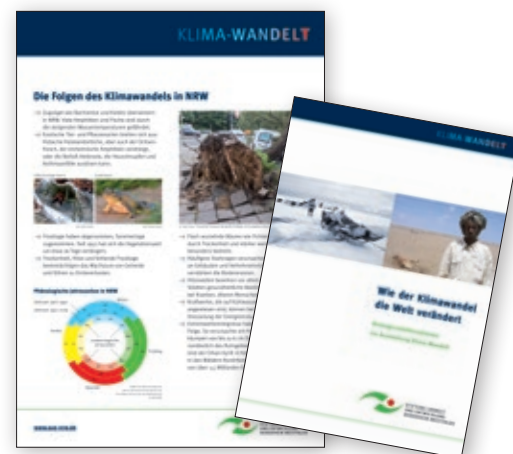


Nachhaltigkeitstag 2015

Am 26. und 27. November findet in Düsseldorf der 8. Deutsche Nachhaltigkeitstag statt. Ein Schwerpunkt ist in diesem Jahr die grüne Gründerszene. Unsere Stiftung beteiligt sich wieder an der Ausrichtung des Kongresses, um den Diskurs zwischen Zivilgesellschaft und Unternehmen bzw. Kommunen zu fördern. Unter anderem können wir im Rahmen eines begrenzten Kontingents Vertreterinnen und Vertreter nordrhein-westfälischer Nichtregierungsorganisationen eine kostenlose Teilnahme ermöglichen. Genauere Informationen dazu geben wir in der nächsten Ausgabe der Resultate. Informationen zum Nachhaltigkeitstag finden Sie im Internet unter www.nachhaltigkeitspreis.de.



Henning Mankell (l.) und Horst Köhler beim Nachhaltigkeitstag 2014



Ausstellung „Klima-Wandelt“ Neue Broschüre, Plakatset und kurzfristige Buchungsmöglichkeiten

Unsere Ausstellung zum Klimawandel und seinen Folgen tourt weiter durch Nordrhein-Westfalen. Zurzeit ist sie im Natur-Infozentrum Senne im Prinzenpalais in Bad Lippspringe zu sehen. In den nächsten Monaten ist Klima-Wandelt noch nicht ausgebucht. Wenn Sie also Interesse haben, die 23 Ausstellungstafeln (oder einen Teil davon) in einer Schule oder einer anderen Einrichtung zu präsentieren, melden Sie sich bei uns. Auf unserer Internetseite können Sie sich die Tafeln ansehen und sich über die Ausleihbedingungen informieren.

Für alle, die nicht genug Platz für die Tafeln haben oder die Ausstellung mehrmals einsetzen wollen, haben wir kürzlich ein Set mit 16 DIN-A1-Plakaten entwickelt, das für 20 Euro (inkl. Versand) bei uns erhältlich ist. Zu beiden Ausstellungsvarianten können wir Ihnen Arbeitsblätter für den Einsatz im Bildungsbereich als PDF-Datei zur Verfügung stellen.

Frisch gedruckt ist eine 36-seitige Broschüre. Mit ihr möchten wir die in der Ausstellung nur kurz skizzierten Facetten des Klimawandels durch Hintergrundinformationen ergänzen. Außerdem beschreiben wir, wie die Politik – von der internationalen Ebene bis NRW – auf den Klimawandel reagiert und was jeder von uns für den Klimaschutz tun kann. Am Ende der Broschüre findet sich ein umfangreiches Verzeichnis zu Literatur, themenrelevanten Internetseiten und didaktischen Materialien. Die Broschüre ist auch in größeren Mengen bei uns erhältlich, ein Exemplar kostet zwei Euro.

→ Weitere Informationen auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de unter „Service“.

Jahresbericht 2014

Seit 2008 veröffentlichen wir jährlich einen umfangreichen Bericht über die Arbeit unserer Stiftung. Nach einleitenden Artikeln zu den großen Handlungsfeldern unserer Stiftungsarbeit werden darin alle im jeweiligen Jahr begonnenen Förderprojekte vorgestellt. Außerdem informieren wir über die Finanzen und Gremien der Stiftung. Alle Resultate-Abonnenten erhalten den Jahresbericht automatisch. Weitere Exemplare können Sie gerne bei uns bestellen.

Glückwunsch!

40 Jahre GEPA



Fotos: GEPA

Am 14. Mai 1975 gründeten der Kirchliche Entwicklungsdienst, Misereor und die gerade entstandene Arbeitsgemeinschaft der Dritte Welt Läden die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt. Damals ahnte wohl kaum einer der Beteiligten, dass sich das Kürzel GEPA in Deutschland beinahe zu einem Synonym für den Fairen Handel entwickeln würde. Doch so ist es, und daher können die heutigen Gesellschafter des fairen Handelunternehmens – neben Misereor die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, „Brot für die Welt“ und das katholische Kinderhilfswerk „Die Sternsinger“ – ebenso wie die Kunden auf eine 40-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken.

Diese Entwicklung lässt sich an den wichtigsten ökonomischen Kennziffern ablesen. 1975 startete die GEPA mit einem Lager und der Verwaltung in zwei Wohnungen und freute sich am Ende des Geschäftsjahres über einen Großhandelsumsatz von umgerechnet 1,33 Millionen Euro. Das am 31. März 2015 abgelaufene Geschäftsjahr 2014/2015 brachte mit einem Umsatz von rund 68 Millionen Euro eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Prozent. Die Endverbraucher zahlten für Kaffee, Schokolade, Tee, Textilien oder kunsthandwerkliche Artikel 107 Millionen Euro.

Pioniere des fairen Handels

Die GEPA-Chronik glänzt mit einigen Pionierleistungen. So ist die Organisation seit 1989 Gründungsmitglied der World Fair Trade Organization (WFTO), einem weltweiten Zusammenschluss von Fair-Trade-Organisationen. 1990 wurde die European Fair Trade Association (EFTA) ebenfalls unter Beteiligung der GEPA gegründet. 2002 war die GEPA dabei, als das Forum Fairer Handel – das Netzwerk der Fair-Handels-Organisationen und -Akteure in Deutschland – ins Leben gerufen wurde. Den ersten fairen Biokaffee (Café Organico von der mexikanischen Kleinbauerngenossenschaft

UCIRI) in Deutschland brachte die GEPA 1986 auf den Markt, ein Jahr später folgte – in Zusammenarbeit mit „Naturland“ – der weltweit erste Biotee.

Für Wirbel in der Fair-Trade-Szene sorgte die GEPA, als sie sich vor einigen Jahren entschloss, bei den meisten Produkten auf das bekannte blau-grün-schwarze Fair-Trade-Siegel zu verzichten, das von Transfair vergeben wird. Nach wie vor seien die Produkte zu 100 Prozent fair gehandelt, erläuterte damals Geschäftsführer Thomas Speck. „Doch wir wollen die Marke Gepa in den Mittelpunkt stellen.“ Neue GEPA-Produkte tragen seitdem das Zeichen „Fair plus“. Damit will das Unternehmen darauf aufmerksam machen, dass es über die Mindestkriterien im Fairen Handel hinausgeht.

Mehr als nur Handel

„Jute statt Plastik“ oder „Solidarität mit Nicaragua“ – die Reiferen unter uns werden sich an einige GEPA-Kampagnen aus den 70er- und 80er-Jahren erinnern. Dem Unternehmen ging es immer auch darum, zu einem politischen Bewusstseinswandel beizutragen und langfristige Handelsbeziehungen zu Partnern in den Entwicklungsländern aufzubauen. So bezieht die GEPA seit 27 Jahren Bio-Mascobado-Vollrohrzucker von der philippinischen Vermarktungsorganisation Alter Trade Corporation (ATC).

„Dadurch wurde nicht nur die Zuckerqualität, sondern auch die Lebensqualität von 595 Zuckerbauern und ihren Familien in elf Produzentenorganisationen verbessert“, so ATC-Exportmanagerin Elizabeth C. Mondejar.

Im Gesellschaftervertrag von 1975 heißt es, die GEPA wolle „Produzenten nachhaltig unterstützen, Konsumenten aufklären und zur Veränderung ungerechter Welthandelsstrukturen beitragen“. Diese Ziele gelten auch heute noch, allerdings hat sich der Schwerpunkt in den letzten Jahren sehr in Richtung Handel verschoben. „Wir waren mal politischer, und da wollen wir auch wieder hin“, sagt GEPA-Sprecherin Brigitte Frommeyer. Fairer Handel sei mehr als eine Marketingidee: „Es ist wichtig, Strukturen und Bewusstsein zu verändern, die Verbraucher zu informieren, etwa über Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferketten im globalen Handel.“ Die Voraussetzungen dafür sind gut, schließlich wurde die GEPA 2014 beim Deutschen Nachhaltigkeitstag als nachhaltigstes deutsches Unternehmen ausgezeichnet.

Die GEPA feiert ihr 40-jähriges Jubiläum unter anderem mit einem Tag der offenen Tür am 22. August 2015 in der Wuppertaler GEPA-Zentrale.

➔ Weitere Informationen unter www.gepa.de

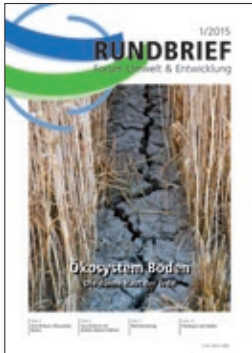


GEPA-Stand bei der Biofach 2015

Foto: GEPA

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Dünne Haut der Erde

2015 ist das „Internationale Jahr des Bodens“. Das ist gut so, denn im Gegensatz etwa zu den Gewässern, dem Wald oder dem Klima verschwindet der Boden gerne aus dem Radar unserer Wahrnehmung. Auch deshalb betonieren wir ihn zu, verseuchen ihn mit Umweltgiften oder beuten seine Fruchtbarkeit rücksichtslos aus. Von einem „unsichtbaren Ökosystem“ schreibt Christine Chemnitz (Heinrich-Böll-Stiftung) in ihrem Beitrag für die aktuelle Ausgabe des vom Forum Umwelt & Entwicklung herausgegebenen **Rundbriefs**, die sich in erster Linie mit der „dünnen Haut der Erde“ beschäftigt. Die Autorinnen und Autoren spannen einen weiten Bogen, von „Scheitern der EU-Bodenrahmenrichtlinie“ über die Chancen und Grenzen der „Climate Smart Agriculture“ bis hin zur „Städtischen Landwirtschaft der Zukunft“.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich und widmet sich verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeit. Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher NROs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Träger des Forums ist der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände.

→ Weitere Informationen unter www.forumue.de



Gute Lebensmittel

Was ist ein gutes Lebensmittel? Biologisch in der Region produziert, einfach nur subjektiv lecker oder ist der Preis entscheidend? Die Antworten auf diese Frage dürften sehr unterschiedlich ausfallen. Martina Tschirner, Redaktionsleiterin beim **Slow Food Magazin**, hat im Editorial der aktuellen Ausgabe dazu eine klare Meinung: Gute Lebensmittel sind echte Lebensmittel, handwerklich und fair produziert, unter Verzicht auf Zusatz- und Aromastoffe. Im Dossier zum Thema „Gute Lebensmittel“ gehen die Autorinnen und Autoren der Ausgangsfrage differenzierter auf den Grund. Welche Sicherheit bieten Biosiegel? Was können wir den Verheißungen des Marketings, die uns leckere Milch von glücklichen Kühen zu Niedrigpreisen versprechen, entgegensetzen? Und wie bewahren wir traditionelles Wissen darüber, was gut schmeckt und gesund ist? Eine Antwort steht dabei über allen anderen: Wir Verbraucher müssen unsere Verantwortung entschlossen wahrnehmen.

Das Slow Food Magazin wird herausgegeben von Slow Food Deutschland und erscheint sechsmal jährlich im oekom-Verlag. Die Zeitschrift bietet einen Themenmix aus Kulinarik, Geschmack, Kultur und Gesellschaft und will damit einen Beitrag zu nachhaltiger Lebensmittelproduktion und bewusster Ernährung leisten.

→ Weitere Informationen unter www.slowfood.de/slowfoodmagazin



Kampf ums Land

Knapp die Hälfte der brasilianischen Landflächen gehören einem Prozent der Bevölkerung, während Millionen Kleinbauern nur einen Bruchteil besitzen oder sogar kein Recht auf das Land haben, das sie bewirtschaften. Seit langem wehren sich Hunderttausende gegen diese ungleiche Verteilung, aber auch die eher linken Regierungen der letzten Jahre sehen sich nicht in der Lage, mit einer Agrarreform gerechtere Verhältnisse durchzusetzen. Dieser „Kampf ums Land“ ist das Schwerpunktthema der Mai-Ausgabe der Zeitschrift **ila**, die von der Bonner „Informationsstelle Lateinamerika“ herausgegeben wird. Die 500-jährige Geschichte des Großgrundbesitzes, die aktuelle Bodenspekulation und der Raubbau an der Natur sind einige der Themen. Mehrere Artikel beschäftigen sich mit dem Widerstand von Landarbeitern, u. a. mit der Landlosenbewegung „Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra“ (MST), die 2014 ihr 30-jähriges Bestehen feierte. Die Publikation entstand in Kooperation mit der Arbeitsgruppe „Menschenrechte Brasilien“ im Allerweltshaus Köln, deren Projekt zum Menschenrecht auf Nahrung zurzeit von unserer Stiftung gefördert wird.

Die **ila** erscheint bereits seit 1976 mit zehn Ausgaben pro Jahr. Sie informiert über Politik, Soziales und Kultur in und aus Lateinamerika. Die Schwerpunktthemen der letzten Hefen waren u. a. Kuba, Menschenrechte in Mexiko und Kunst & politische Intervention.

→ Weitere Informationen und Downloads einiger Artikel unter www.ila-web.de

... dem Obstsorten-Arboretum in Bielefeld?



Foto: E. Neugeböhn

einheitlichen Fruchtform sowie ihrem süßaromatischen Geschmack die Bedürfnisse des international agierenden Lebensmittelhandels.

Mit der Anlage und Pflege von Streuobstwiesen und dem Erhalt alter, regionaler Obstsorten leisten Naturschützer einen Beitrag zur genetischen, biologischen und geschmacklichen Vielfalt. So sind in Europa auf Streuobstwiesen über 3.000 Obstsorten sowie mehr als 5.000 Tier- und Pflanzenarten zuhause. Deshalb unterstützt unsere Stiftung Projekte wie „Regionale Wertschöpfungskette Streuobst“ (60.000 Euro) von der NABU-Naturschutzstation Wildenrath, die „Förderung von Streuobstwiesen und alten Obstsorten in Ostwestfalen-Lippe“ (9.700 Euro) der Stiftung Ravensberg oder eine „Qualifizierungsinitiative Streuobstpädagogik“ der Biologischen Station im Kreis Euskirchen (84.900 Euro).

Um die genetische Vielfalt beim Obst zu bewahren und auf diesem Weg einen Beitrag zur Agro-Biodiversität zu leisten, hat Hans-Joachim Bannier 1995 in Bielefeld auf dem Gelände der ehemaligen städtischen Baumschule das Obst-Arboretum (eine Sammlung verschiedenartiger Gehölze) Olderdissen angelegt. Bannier verzichtet fast vollständig auf chemische Pflanzenschutzmaßnahmen und ist mit seinem Arboretum sowohl Mitglied im „Erhaltungnetzwerk Obstsortenvielfalt“ des Pomologen-Vereins als auch bei der Deutschen Genbank Obst. („Pomologie“ ist die Lehre vom Obstbau.)

In dem rund zwei Hektar großen Garten am Nordhang des Teutoburger Waldes wach-

sen heute rund 400 Apfelsorten sowie unterschiedliche Kirschen, Pflaumen und Aprikosen. Bannier baut viele alte Sorten an und vergleicht ihre Robustheit und ihren Geschmack mit den Eigenschaften moderner Sorten, die aufgrund der oben beschriebenen genetischen Einschränkung sehr anfällig für Schorf und Mehltau sind und daher mit Fungiziden behandelt werden müssen.

Der Pomologe möchte langfristig die Sorten herausfinden, die im ökologischen Direktvermarktungs- und im Selbstversorgeranbau mit möglichst wenig Pflanzenschutz lohnende Erträge bringen, wie etwa der Seestermüher Zitronenapfel. Wer als Selbstversorger Kirschen anbauen will, dem rät Bannier zu alten Sorten mit hellen Früchten – Allergiker hätten damit kaum Probleme, und die Bäume seien in der Regel weniger krankheitsanfällig.

Wer mag, kann sich bei Hans-Joachim Bannier einiges anschauen. Er bietet für den Pomologen-Verein achtwöchige Kurse zum Baumwart an und leitet, im Auftrag der Landwirtschaftskammer Münster, Obstbaumschnitt-Lehrgänge für angehende Gärtner. Darüber hinaus gibt es Gruppenführungen nach vorheriger Anmeldung zu Themen wie Sortenbestimmung oder Veredeln und einen Obstblüten-Spaziergang.

Nachdem der Pachtvertrag für das Arboretum auf 30 Jahre verlängert wurde, hat Bannier viel Geld und Arbeit in ein altes Fachwerkhaus auf dem Gelände investiert. In dem Gebäude wird künftig Obst gelagert, vor allem aber ermöglicht es, die Angebote für Besucher auszuweiten, zum Beispiel soll dort eine Ausstellung aufgebaut werden. Für die Zukunft hat Bannier insbesondere zwei Wünsche: Die Zusammenarbeit mit Streuobst-Pädagogen wie in Baden-Württemberg, die sich dort in einem Verein zusammengeschlossen haben und vor allem Kinder für das Thema begeistern. Und mehr politische sowie finanzielle Unterstützung bei seinem Einsatz für genetische Vielfalt: „Es ist schade, dass es bei uns bislang nur Flächenförderung, aber keine Sortenförderung gibt.“

Unsere Stiftung hat den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit mit 10.000 Euro unterstützt, unter anderem wurden Sortenschilder an den Bäumen angebracht und Informationstafeln zu verschiedenen Themen aufgestellt.

➔ Weitere Informationen unter www.pomologen-verein.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3489

Die meisten von uns essen gerne Obst. Doch selbst auf den Wochenmärkten ist die Auswahl an Äpfel-, Birnen- oder Kirscharten nicht sehr groß. Günstige Importe sowie die Industrialisierung des heimischen Obstanbaus reduzieren die geschmackliche und genetische Vielfalt, die möglich wäre. So stammen nahezu alle der in den letzten 90 Jahren neu gezüchteten Apfelsorten von Golden Delicious, Cox Orange, Jonathan, McIntosh, Red Delicious und James Grieve ab, berichtet der Obstexperte Hans-Joachim Bannier. Diese erfüllten mit ihrer Transportfestigkeit und Lagerbeständigkeit, ihrer



Foto: T. Winkelmann

Landesumweltminister Johannes Remmel (mit Apfel) beim Besuch des Arboretums

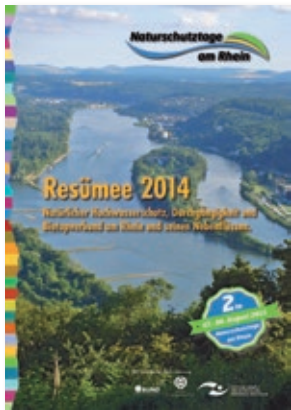
Neu geförderte Projekte

16. Februar 2015 bis 15. Mai 2015
Fördervolumen: 1.127.654 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten,
ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich
(E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung,
U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank
auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Frauen im ländlichen Raum Zimbabwe Zimbabwe Netzwerk e. V. Bildungsveranstaltungen zur Lage von Frauen in Zimbabwe, mit einer Vertreterin einer dortigen Frauenorganisation.	1.4.2015–31.7.2015 E-4901 1.800 €	Naturnahes Lernen in urbanen Gemeinschaftsgärten Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e. V. Workshops für Grundschulen und Kindertagesstätten zum biologischen Anbau von Pflanzen und zu Natur- und Umweltschutz.	1.3.2015–31.7.2015 U-3626 3.733 €
Use your voice and clarify The Global Experience e. V. Workshops für Jugendliche mit muslimischem, christlichem und säkularem Hintergrund aus NRW und aus arabischen Ländern, u. a. zu den Themen Radikalisierung und Fremdenfeindlichkeit.	1.2.2015–31.1.2016 I-6117 28.992 €	Von Topf zu Topf Wissenschaftsladen Bonn e. V. Bei pädagogisch begleiteten Treffen lernen Kinder den Prozess vom Säen von Kräutern und Gemüse bis zum Kochen kennen und erfahren etwas zu Klimaschutz und Ernährung.	1.5.2015–31.10.2015 U-3631 3.980 €
Lernt Naturschutz untereinander – LNU! Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e. V. Organisationsentwicklung mit dem Ziel, Austausch und Kooperationen zwischen den 85 Mitgliedsorganisationen zu stärken.	1.4.2015–31.7.2017 O-2320 105.200 €	Aktionstage Nachhaltigkeit 2015 Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Kampagne für einen klimafreundlichen Schulstart, die sich an Kindergärten und Schulen in Leverkusen richtet; im Zentrum steht die „klimafreundliche Schultasche“.	15.4.2015–15.7.2015 U-3633 5.000 €
Ehrenamtliche Schutzgebietsbetreuung NABU-Naturschutzstation Niederrhein e. V. 18-monatige Ausbildung für Ehrenamtler, die sich am Unteren Niederrhein bei der Betreuung von Schutzgebieten engagieren wollen.	1.4.2015–31.3.2018 U-3592 77.074 €	Lernort Nachhaltigkeit (LeoN) TAT Technik Arbeit Transfer gGmbH Das Angebot des Lernortes Nachhaltigkeit im TAT wird überarbeitet, erweitert und durch Thementouren in der Region ergänzt	1.4.2015–30.9.2016 Z-5289 87.760 €
Waldpädagogik zur Wisent-Wildnis am Rothaarsteig Trägerverein Wisent-Welt-Wittgenstein e. V. Ausbau von Räumen und Entwicklung von waldpädagogischen Konzepten, in deren Zentrum die im Rothaargebirge wieder angesiedelten Wisente stehen.	15.12.2014–30.6.2015 U-3593 80.046 €	Fachforen zur FAIR&Friends 2015 Eine Welt Netz NRW e. V. Der Projektträger organisiert bei der Messe „FAIR&Friends“ in Dortmund 15 Fachforen. Zentrale Themen sind der Faire Handel und das Europäische Jahr der Entwicklung.	1.1.2015–30.9.2015 Z-5303 41.309 €
Ökologisierung von Fernstraßenplanungen BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Entwicklung von ökologischen Alternativvorschlägen zu Verkehrsplanungen in NRW; Mitarbeit bei Beteiligungsverfahren; Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.	1.5.2015–31.1.2017 U-3604 105.700 €	FairSchnitt: Unterstützung von Modehochschulen FEMNET e. V. Bildungsarbeit zu Sozial- und Arbeitsstandards in der Textilproduktion, die sich vor allem an Studierende in den Bereichen Modedesign und Bekleidungstechnik richtet.	1.2.2015–31.12.2016 Z-5305 84.443 €
Erlebniswelt Aquaponic Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah e. V. Einrichtung einer Aquaponic-Anlage und Entwicklung von Unterrichtseinheiten zu diesem Verfahren, das die Zucht von Fischen und Nutzpflanzen in einem Kreislauf verbindet.	1.5.2015–30.4.2016 U-3607 44.028 €	Neue Ziele für Entwicklung VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe dt. NRO e. V. Veröffentlichungen und Veranstaltungen, die NRO bei der Erarbeitung gemeinsamer Strategien zu den neuen Nachhaltigkeitszielen (SDG) unterstützen.	1.1.2015–31.12.2015 Z-5306 48.000 €
Grünes Klassenzimmer in Züllich Landesgartenschau Züllich 2014 GmbH Fortführung des für die Landesgartenschau 2014 in Züllich eingerrichteten „Grünen Klassenzimmers“ mit einem ganzzährigen Programm.	1.2.2015–31.1.2016 U-3613 79.680 €	Global engagiert für eine inklusive Zukunft Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Bei Veranstaltungen und anderen Angeboten befassen sich junge Menschen mit und ohne Behinderung mit den neuen nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG).	1.3.2015–31.7.2016 Z-5311 40.000 €
Regional Plus – fair für Mensch und Natur Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal e. V. Seminare, Beratungen, um Nachhaltigkeitskriterien zu einem zentralen Faktor bei der regionalen Lebensmittelvermarktung zu machen. Weiterentwicklung der Auszeichnung „Regional Plus“.	1.3.2015–30.9.2017 U-3617 123.093 €	Globale Wirtschaft Germanwatch e. V. Veranstaltungen und Materialien zu einer zukunftsfähigen, sozial und ökologisch verträglichen Wirtschaft.	1.10.2015–31.7.2016 Z-5312 13.960 €
Siebenschläfer – Bildung für Artenvielfalt NABU Stadtverband Leverkusen e. V. Durch spezielle Kameras können Siebenschläfer beobachtet werden; die Aufnahmen sind live im Internet zu sehen und werden für Bildungsangebote zur Biodiversität genutzt.	1.3.2015–31.12.2016 U-3619 58.308 €	Kongress WeltWeitWissen 2016 Eine Welt Netz NRW e. V. Organisation des bundesweiten Kongresses für Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung, der 2016 in Bonn stattfindet.	1.2.2015–31.7.2016 Z-5314 43.550 €
Klimadialog Leverkusen 2015 Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Tagung zum Klimaschutz, die sich an Politiker und Unternehmen in der Region Leverkusen richtet.	16.2.2015–17.5.2015 U-3621 5.000 €	Green Economy und Armutsbekämpfung Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene Studien, Bildungsmaterialien und Veranstaltungen zu „Green Economy“ und den daraus resultierenden Chancen und Risiken für die Armutsbekämpfung.	1.5.2015–30.4.2017 Z-5316 37.000 €
Tag der Natur 2015 am Naturkundemuseum Benrath Stiftung Schloss und Park Benrath Durchführung eines Tages der Natur zum Thema Wasser, mit Informations- und Aktionsständen.	27.4.2015–26.6.2015 U-3623 5.000 €	Planspiel zu Landwirtschaft, Handel und Konsum Naturpädagogisches Zentrum Schelphof e. V. Einwöchige Bildungsveranstaltung „Einmal im Leben Bäuerin oder Bauer sein“, die Kinder dazu anregt, ihre soziale und natürliche Umwelt mitzugestalten.	1.5.2015–31.7.2015 Z-5319 4.998 €



Tagung und Publikation Naturschutztage am Rhein

„Biodiversität am und im Fluss – Mehr Wildnis am Gewässer wagen!“. Unter diesem Motto finden vom 7. bis 9. August in Königswinter die 2. Naturschutztage am Rhein statt. Veranstalter ist der BUND NRW in Kooperation mit weiteren BUND-Landesverbänden. Thematische Schwerpunkte der Tagung sind Zielsetzungen und Konzepte zur Wildnis an Gewässern, die aktuelle Situation in NRW sowie die Gefahr der Absenkung anspruchsvoller Standards in der europäischen Umweltpolitik, insbesondere der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Wasser-Rahmenrichtlinie.

Ein Resümee zu den 1. Naturschutztagen am Rhein (August 2014) mit einem dort verabschiedeten Memorandum steht als Download im Internet zur Verfügung.

➔ Download, Informationen zum Programm und zur Anmeldung unter www.naturschutztageamrhein.de

Workshops der Stiftung Von Antrag bis Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Antragstellerworkshops beantworten (nächste Termine: 2. September und 9. Dezember). Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

➔ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de.

Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

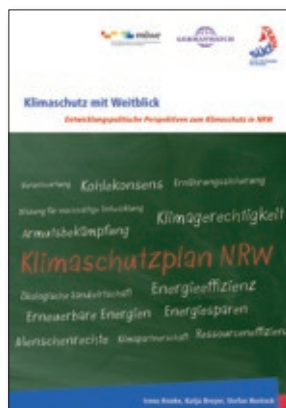
Studien Neues von Südwind

Sind Mikrokredite ein wirksames Mittel gegen Armut? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Studie „Mikrofinanz in Entwicklungsländern“, die das Südwind-Institut im Auftrag der GLS Gemeinschaftsbank erarbeitet hat. Sie informiert über den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung und gibt Empfehlungen für hiesige Anbieter von Mikrofinanzfonds. Trotz der bekannten Kontroversen kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass Mikrofinanzangebote vielen Menschen den Zugang zu wesentlichen Finanzdienstleistungen ermöglichen.



„Klimaschutz mit Weitblick“ lautet der Titel einer weiteren Publikation, die Südwind gemeinsam mit Germanwatch und dem Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen herausgegeben hat. Die Studie beschäftigt sich aus entwicklungspolitischer Perspektive mit dem NRW-Klimaplan und seinen möglichen Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer und enthält Empfehlungen, um Klimaschutz und eine gerechte weltweite Entwicklung besser zu verknüpfen.

➔ Bestellung und Download der Broschüren unter www.suedwind-institut.de



Broschüre Fairtrade und Islam

Was hat Fairer Handel mit dem Islam zu tun? Diese Frage ist Thema einer Broschüre des Weltladens Bornheim und des Vereins Islamische Informations- und Serviceleistungen, der als erster Moscheeverein in Deutschland fair gehandelte Produkte verkauft. In der Broschüre werden zahlreiche Koranstellen aufgeführt, nach denen „fair“ oder „gerecht sein“ ein zentraler Bestandteil des Islams ist. Die Broschüre soll muslimische Gemeinden für den Fairen Handel gewinnen und Fairtrade-Multiplikatoren den Zugang zur muslimischen Sicht auf das Thema erleichtern.

➔ Bestellung und Download unter www.iisev.de

Impressum

Ausgabe Juni 2015 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn



Mit der Ausgleichszahlung für die CO₂-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt.
Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, FSC-zertifiziert, aus 100% Altpapier

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im September 2015.
Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de